

Vor 100 Jahren : »Der Friedensvertrag von Riga im März 1921 und der politische Status von Ostgalizien in der Zweiten polnischen Republik 1921–1939«, von Hanno Schult

Folge 1: Einführung: Der Friedensvertrag von Riga im März 1921 als Zäsur für Völker und Nationen im östlichen »Zwischeneuropa« nach dem Ersten Weltkrieg

Der am 18. März 1921 in Riga abgeschlossene Frieden beendete den russisch-polnischen Krieg von 1919/20 und war der für Polen siegreiche Abschluss eines 125 Jahre währenden Kampfes um seine staatliche Freiheit und Unabhängigkeit.(1) Mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden am 30. April 1921 im weißrussischen Minsk erlangte der Vertrag auch einen völkerrechtlich verbindlichen Rechtsstatus.(2) Er beendete darüber hinaus einen ungewöhnlichen Krieg, der von keiner der beiden kriegsführenden Seiten förmlich erklärt wurde. Erste Orte der bewaffneten Konfrontation zwischen polnischen Truppen und der nach Westen vorrückenden Roten Armee waren im Januar 1919 die alte Hauptstadt des Großfürstentums Litauens, Wilna und im Februar 1919 die Kleinstadt Bereza Kartuska östlich von Brest-Litowsk. Dieser Konflikt um neue Grenzen in einem Machtvakuum nach dem Abzug der deutschen Besatzungstruppen von OBER - OST (d.i. das von November 1915 bis Juli 1918 vom Generalstab des Oberbefehlshabers Ost verwaltete Besatzungsgebiet an der Ostfront des WK I) wuchs sich schnell zu einem Weltanschauungskonflikt aus, hier zwischen der Idee eines neuen Nationalstaates und der von den sowjetischen Räten proklamierten Idee einer proletarischen Weltrevolution.(3)

Wie es zum Friedensvertrag von Riga 1921 kam

Er war der letzte und wichtigste Friedensvertrag, der den politischen Status Quo für viele alte und neue Staaten im östlichen »Zwischeneuropa« für fast 20 Jahre lang bestimmte. Darüber hinaus beeinflusste er auch das Schicksal vieler Völker, die den Traum von politischer Unabhängigkeit unter der verheißenen Parole des Selbstbestimmungsrechtes der Völker nicht verwirklichen konnten. Er setzte darüber dem Traum führender Bolschewiki, die Weltrevolution in das industrielle Herz Europas, nämlich nach Deutschland zu tragen, eine fest definierte Grenze. Dem Frieden von Riga gingen die Friedensschlüsse Sowjetrusslands mit den anderen neuen Randstaaten zwischen Ostsee und Schwarzen Meer voraus: Zuerst mit Rumänien am 12. März 1918 in Jassy (Bessarabisches Protokoll), mit Estland am 2. Februar 1920 in Dorpat, mit Lettland am 11. August 1920 in Riga sowie mit Litauen am 12. Juli 1920 und mit Finnland am 14. Oktober 1920 (4). Und es ist beileibe kein Zufall, dass sich die UdSSR im geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler – Stalin – Pakt vom 23.08.1939 diese Länder zuerst als ureigenste politische Einflusszone sichern ließ. Der Friedensschluss von Riga 1921 war ein klassischer zeitweiliger politischer Kompromiss, der auf die Opferung politischer Interessen von vielen Völkern im ethnisch gemischten östlichen »Zwischeneuropa« aufgebaut war. Diktiert wurde er zuallererst durch die Kriegsmüdigkeit beider Kriegsparteien und die prekäre wirtschaftlich ökonomische Lage. In Räterussland zuerst durch den anhaltenden Bürgerkrieg. Und der wiedererstandene polnische Staat war primär mit dem Erbe und den Altlasten des Großen Krieges von 1914–1918 konfrontiert. Dieser spielte sich ja auch in wesentlichen Teilen auf dem Gebiet des »neuen« polnischen Staates ab und hinterließ eine Spur der materiellen und moralischen Verwüstung. Dazu kam die Frage der ungesicherten Grenzen nach dem Untergang der drei alten Teilungsmächte Polens 1917–1918.

Als Völkerrechtssubjekte des Rigaer Vertrages fungierten in den ursprünglichen Vertragspräambeln neben der Russischen Sozialistischen Räterepublik nämlich auch die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik und die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik.(5) De facto unterzeichneten den Vertrag aber nur die Vertreter der im März 1919 in Charkow proklamierten Ukrainischen Sowjetrepublik und die des sowjetischen Räterusslands. (6) –

Mit der Ratifizierung des Vertrages durch die bevollmächtigten Vertreter der polnischen Friedensdelegation und den polnischen Sejm erfolgte De jure auch eine völkerrechtliche Anerkennung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik als einem neuen Völkerrechtssubjekt. Dieses ukrainische Staatengebilde nach Vorbild der russischen Räterepublik war der dritte staatliche Organismus in den Jahren 1917–1921 auf dem Gebiet der heutigen Ukraine nach Ende der russischen Romanow-Dynastie und der Erosion der Machtstrukturen der K. u. K.- Monarchie im Kronland Galizien im November 1918.(7)

Bis zur Gründung der UdSSR im Dezember 1922 unterhielt auch die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik eine Gesandtschaft in Warschau, wie dies im Artikel XXIV des Friedensvertrages auch festgelegt worden war.(8) Mit der Anerkennung der Weißrussischen - und der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik gelang es den Bolschewiki genial, die Öffentlichkeit der Alliierten Siegermächte des Ersten Weltkrieges unter dem Denkmantel des vom amerikanischen Präsidenten W. Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu täuschen. Die Befreiung der slawischen weißrussischen und ukrainischen Brüder vom Joch der kapitalistischen »polnischen Pane« war dann auch genau das öffentlich propagierte Argument zur Rechtfertigung des »Befreiungsfeldzuges« der Roten Armee in Polen, beginnend mit dem 17. September 1939 und dem Beginn der Revision der Versailler Nachkriegsordnung durch die UdSSR.(9)

Was regelte der Friedensvertrag von Riga im März 1921 konkret?

Da war zuerst die genaue geographische Beschreibung der Staatsgrenze und ihres Verlaufes im Artikel II. Sie war nach dem Inkrafttreten des russisch-polnischen Waffenstillstandes am 18.10.1920 durch eine im November 1919 in Riga gebildete gemischte Grenzkommission festgelegt worden und ging weit über die sogenannte »Curzon – Linie« als vorgeschlagene Waffenstillstandslinie des ehemaligen englischen Außenministers Curzon im Sommer des Jahres 1920 hinaus.(10) Des weiteren regelte der Vertrag u.a. Fragen der Entschädigungen und der Kriegskosten, Staatsangehörigkeitsfragen, Verkehrs- und Transitfragen, Fragen der Rückgabe von geraubten Kulturgütern, Vermögensanspruchsfragen, bewegliches und unbewegliches Eigentum betreffend, Fragen der Schifffahrt auf Wasserstraßen sowie Fragen der Meistbegünstigung im Handel usw. Artikel VI und VII regelten die Nationalitätenfragen und Rechte der nationalen Minderheiten mit der Möglichkeit der Option zur Staatsangehörigkeit. Artikel V ist besonders brisant, weil er beide Seiten zur Nichteinmischung verpflichtete und beiden Partnern untersagte, nationale oder irredentistische Bewe-

gungen mit Mitteln der Propaganda, Waffen oder auch finanziell zu unterstützen.⁽¹¹⁾ Diesen Artikel haben beide Vertragspartner praktisch niemals umgesetzt. Besonders die UdSSR war bis 1939 bestrebt, die Polnische Republik als »Missgeburt« des Versailler Vertrages im gemeinsamen Interesse mit Deutschland und Litauen zu destabilisieren und als Saisonstaat letzten Endes auch zu liquidieren. Für dieses Ziel waren ihr alle Mittel recht. Ein geheimer Zusatzvertrag regelte in Riga auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden höchst ungleichen, ja gegensätzlichen politischen Vertragspartnern.

Welches waren die primären Ergebnisse des Rigaer Friedensvertrages?

Aus polnischer Sicht zuerst der Verzicht auf die angestrebte polnische Ostgrenze von 1772 und das reale Ende der romantischen Idee von J. Pilsudski zur Bildung einer Staatenkonföderation unter polnischer Führung zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer. So auch der Dauerkonflikt mit dem litauischen Staat um die Zugehörigkeit des Gebietes von Wilna als historischer Hauptstadt Litauens. Und nachdem sich der polnische Staat im kleinen Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 zum Schutz der Minderheitenrechte verpflichtet hatte, übernahm er auch die Erblast von nationalen Minderheiten mit mehr oder weniger stark ausgeprägtem Nationalbewusstsein sowie Bestrebungen zur nationalen Selbstbestimmung in einem eigenen Staat (Ukrainer, Litauer, Weißrussen).

Darüber hinaus kam ein Prestige- und Vertrauensverlust bei den östlichen Verbündeten im russisch-polnischen Krieg, wie dem Russischen Komitee in Warschau und der Regierung der Ukrainischen Volksrepublik (Direktorium), mit der man sogar im April 1920 eine Militärkonvention (Bündnis) gegen Sowjetrussland geschlossen hatte. Ferner waren der Ausbau und militärische Schutz der polnischen Ostgrenze mit der UdSSR eine gewaltige ökonomische und sicherheitspolitische Herausforderung für den jungen polnischen Staat, für den er 1924 sogar ein eigenes Grenzschutzkorps (KOP) schaffen musste, um die kriegsähnlichen Zustände an seiner Ostgrenze halbwegs in den Griff zu bekommen.⁽¹²⁾

Eine ökonomische und politische »Last« waren auch die kriegsgefangenen Soldaten der Roten Armee sowie die in Polen internierten ukrainischen, belorussischen und russischen Soldaten der weißen antibolschewistischen Bewegung.

Die geopolitischen Folgen des Rigaer Friedensvertrages

Aus ukrainischer Perspektive beendete der Friedensvertrag von Riga definitiv die Hoffnungen auf eine staatliche Selbstständigkeit mit internationaler völkerrechtlicher Anerkennung. Dies betraf sowohl die am 1. November 1918 in Lemberg proklamierte Westukrainische Volksrepublik Galizien als auch die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik (Direktorium), die sich im November 1918 in Biala Cerkwa (rechtsufrige Ukraine) als Rechtsnachfolger des gestürzten »Hetmanates« unter P. Skoropadski konstituierte.⁽¹³⁾ Auch die sich im November 1918 in Minsk konstituierende Weißrussische Volksrepublik (BNR) unter J. Waronka und A. Lutzkiewitsch fristete nur ein kurzes politisches Dasein. Sie geriet mit dem Vormarsch der polnischen Truppen im Frühjahr 1919 zwischen die Fronten und spielte im Folgenden als mögliches potentiell Völkerrechtssubjekt keine Rolle mehr.⁽¹⁴⁾ – Nach dem Zerfall der Vielvölkerimperien am Ende des Ersten Weltkrieges war die Frage des vom amerikanischen Präsidenten W. Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker in diesem ostmitteleuropäischen Raum

der ethnischen Übergänge besonders brisant. Er behinderte den Nationsbildungsprozess in den neu gebildeten Randstaaten, die alle als neue Nationalstaaten zugleich auch Nationalitätenstaaten gewesen waren und es heute noch sind. So schrieb schon 1926 der Mitbegründer und Vorsitzende des Deutschen Schutzbundes Dr. K. C. von Loesch treffend: »Denken in Völkern«: »Ein solches Denken in Völkern ist dem Westeuropäer fremd, der Volk und Staatsbevölkerung beständig miteinander verwechselt, weil er sie naiv gleichsetzt. Spracharmut ist stets auch eine Folge von Begriffsarmut, und die Minderheiten sind eine peinliche Abweichung in der gottgewollten Ordnung und zu etwas Interessanterem oder Minderwertigem verkommen. Dieses Denken ist bezeichnend für die Menschen des mittel- und osteuropäischen Raumes und auch für die Grenz- und Auslandsdeutschen dieser Gebiete«.⁽¹⁵⁾ Diese Aussage ist auch heute noch von einer bestechenden Aktualität, wenn wir als Beispiele an die Problematik der russischen Minderheiten in den EU-Staaten Estland und Lettland denken oder an die der polnischen Minderheit in Belarus. Separatistische Tendenzen können unter dem Deckmantel des Minderheitenschutzes auch zu bewaffneten Konflikten führen, wie es die Ereignisse in der Ukraine 2014–2015 ganz aktuell bewiesen haben. So ist auch nach über 100 Jahren der Nationsbildungsprozess in vielen der damals neu entstandenen Nationalitätenstaaten trotz der Zugehörigkeit vieler Länder zur Europäischen Union auch heute noch längst nicht abgeschlossen. Und der Raum im östlichen »Zwischeneuropa« als Raum der permanenten politischen Instabilität (Karl Haushofer) bleibt auch nach 100 Jahren im Fokus der Weltöffentlichkeit, wie es die jüngsten Ereignisse in Belarus beispielhaft bewiesen haben. Die langen Schatten des russisch-polnischen Krieges von 1919/20, der mit dem »Wunder an der Weichsel 1920« eine entscheidende Wende erfuhr, spielt auch im geschichtspolitischen Diskurs und der Erinnerungskultur vieler alter und neuer Nationen in diesem Raum nach wie vor eine wichtige Rolle. Beispielhaft sei hier an die Rede des polnischen Staatspräsidenten Andrzej Duda am 15. 08. 2018 zum »Tag des polnischen Soldaten« in Warschau erinnert:

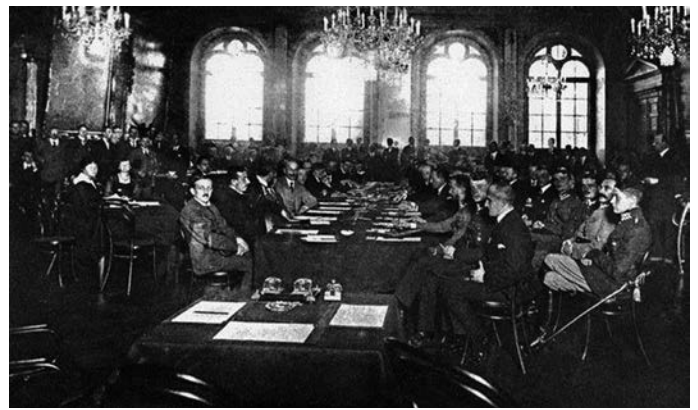
»Die Schlacht von Warschau 1920 ist unser historischer Sieg, mit dem wir Polen und die polnischen Soldaten Europa vor der roten Pest bewahrt haben«.⁽¹⁶⁾ In der heutigen Ukraine wird der Friedensvertrag von Riga 1921 geschichtspolitisch z.B. als zweite Teilung der Ukraine zwischen Polen und Russland nach dem Jahre 1667 bezeichnet. In den folgenden Artikeln soll das politische Schicksal Ostgaliziens zwischen den beiden Weltkriegen in groben Umrissen dem historischen Vergessen entrissen werden. Denn die häufig verdrängte und vergessene Vergangenheit mit ihren langen Schatten ist immer zugleich auch unverstandene Gegenwart.

*Eine Übersicht der verwendeten Sekundärliteratur als Quellen sowie der Übersetzungen fremdsprachiger Forschungsarbeiten befindet sich als Anhang und Abschluss am Ende der Artikelserie.

Verwendete Sekundärquellen:

- (1) Wilhelm Arenz, »Grenzmärkische Forschungen Nr. 3 Polen und Russland 1918–1920« Leipzig 1939 S. 5,
- (2) siehe Arenz..... S. 100,
- (3) Wojciech Materski »NA WIDECIE –. II. Rzeczypospolitej wobec Sowjetow 1918–1943«, Warszawa 2005 S. 39,
- (4) siehe Arenz S. 74–75,
- (5) Der vollständige Vertragstext neben Zusatzbestimmungen in polnischer Sprache bei Jerzy Kumanięcki (Hrg), »Stosunki Rzeczypospolitej Polskiej z Panstwem Radzieckim 1918–1943, Wybor dokumentow«, Warszawa 1991, S. 77–110,

- (6) siehe *Kumaniecki...* S. 77
 (7) Andreas Kappeler »**Kleine Geschichte der Ukraine**«, 2. Auflage München 2000 S.168–186
 (8) siehe *Kumaniecki...* S. 106
 (9) Jerzy Lojek (Pseudonym) »**Agresja 17.wrzesnia 1939 studium aspektow politycznych**«, Warszawa 1990 S. 84–110
 (10) Norman Davies »**Orzel Bialy Czerwony Gwiazda, Wojna polsko-bolschewicka 1919–1920**«, Krakow 1999 S. 163
 (11) siehe *Kumaniecki...* S.77–110, (12) Henryk Dominiczak »**Granica wschodnia Rzeczypospolitej Polskiej w latach 1919 – 1939**«, Warszawa 1992 S. 111–127
 (13) Hans Roos »**Geschichte der polnischen Nation 1918–1985**«, 4. Auflage 1986, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz S. 65,
 (14) siehe *Roos...* S. 65.
 (15) Dr. K. C. von Loesch (Hrg.) **Staat und Volkstum ,Bücher des Deutschlands 2. Band**, Berlin, Deutscher Schutzbundverlag 1926 S. 44
 (16) zur Schlacht von Warschau 1920 J. Pilsudski »**Erinnerungen und Dokumente Band II, Das Jahr 1920**«, Essen 1935 S.183-221, Am 15.August 1920 begann der polnische Gegenangriff südöstlich der polnischen Hauptstadt der die Schlacht von Warschau entschied. (Anmerkung des Verfassers) zum Auszug der Rede des polnischen Staatspräsidenten A. Duda am 15. August 2018 siehe:
<https://dzieje.pl/aktualnosci/przemowienie-prezydenta-andrzeja-dudy-z-okazji-swiet-wojnska-polskiego>



Die polnischen und russischen Friedensdelegationen im Saale der Schwarzhäupterbrüderschaft zu Riga im März 1921 Quelle: Foto in der historischen Ausstellung des Schwarzhäupterhauses zu Riga.



Die polnische Friedensdelegation auf den Verhandlungen in Riga, dritter v.l. sitzend der polnische Delegationsleiter J. Dabski – Quelle: staatliches Archiv der Stadt Lublin in Polen.



Hanno Schult, Autor der neuen Serie zur Geschichte der Ukraine

Zur Person:

Hanno Schult hat der Redaktion angeboten, aus Anlass des Gedenkens an den »Friedensschluss von Riga« vor 100 Jahren die Geschichte Ostgaliziens nach dem Zusammenbruch des kuk-Imperiums als Teil der polnischen Republik für die Leser/innen des »Blickpunkt Galiziens« zu skizzieren. Er bedauert, dass durch das Nichterscheinen unseres Jahrbuches »Zeitweiser« seit 2012 die wissenschaftlich-historische Dimension des Engagements des Hilfskomitees für Galizien zu kurz kommt. Da unsere Kulturkonferenz im letzten Jahr ausgefallen ist und auch in diesem Jahr – wenn überhaupt – erst in der zweiten Jahreshälfte stattfinden kann und auch das baldige Erscheinen eines neuen Bandes des Zeitweisers noch fraglich ist, haben wir sein Angebot dankend angenommen und veröffentlichen in ca. 4–6 Folgen seine Darstellung der Situation Ostgaliziens zwischen 1918 und 1939.

Hanno Schult ist kein akademisch abgeseigneter Berufshistoriker, vielmehr wies sein Ingenieurstudium im Bauwesen (Fachrichtung Baustofftechnologie) in gänzlich andere Richtung: 1985–2006 Arbeit für verschiedene Baustoffprüflabore und bei der Qualitätssicherung sowie als Geschäftsführungsassistent in Polen und der Ukraine tätig. Hier hat er, der 1963 in Ost-Berlin Geborene, als DDR-Bürger sein Forschungsinteresse (Osteuropäische Geschichte und Geschichtspolitik) praktisch untermauern können. Langjähri-

ge Studienreisetätigkeit in Ost- und Ostmitteleuropa, gute Sprachkenntnisse, dokumentiert in umfangreichen publizistischen Arbeiten sowie Übersetzungstätigkeit aus der russischen, polnischen und ukrainischen Sprache, ehrenamtliche und berufliche Arbeit in verschiedenen Kulturprojekten mit Bezug zu Osteuropa, seit 2007 Arbeit bei Geisteswissenschaftlichen Projekten im Osteuropa- Zentrum Berlin, der Stiftung KARTA in Warschau und als Projektkoordinator für Jugendprojekte im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Russland und Polen boten ihm die Möglichkeit zu kontinuierlicher Erweiterung seines historischen Fundus. Seit 2004 betätigt er sich aktiv in der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO). Mit dem Hilfskomitee der Galiziendeutschen kam er 2006 über Prof. Erich Müller in Kontakt, mit dem er sich besonders zu Fragen der lokalen multiethnischen Geschichte Ostgaliziens rege austauscht.

Als seine Interessenschwerpunkte gibt er an:

- Osteuropäische Minderheiten – und Volksgruppengeschichte sowie
- osteuropäische Militär- und Kriegsgeschichte mit Schwerpunkt des XVII. und XX. Jahrhunderts
- lokale Stadtgeschichte von St. Petersburg ,Wilna, Lemberg und Breslau
- aktuelle Geschichtspolitik in Polen und den Nachfolgestaaten der UdSSR.

In den Jahren 2018 – 2020 referierte Herr Schult im Rahmen einer Vortragsserie für den Kulturring in Berlin e.V. in der Villa Skupin in Berlin – Lichtenberg zu Themen aus dem breiten Spektrum seiner Interessensgebiete, aktuell politisch aus gegebenem Anlass z.B. zur Geschichte der Krim (s.BlpGal 2 u. 3/2019), aber auch kulturhistorisch z.B. über Festtagstraditionen vergessener Ethnien und Volksgruppen in Polen und der Ukraine, oder militärhistorisch über Schlachtfelder aus dem Zweiten Weltkrieg in Russland, betrieb Feldforschung vor Ort für internationale Exhumierungsprojekte des VBKD (Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.) und schrieb Artikel zu diesen Themen für die »Kultur News« des Kulturringes in Berlin e.V..

Christofer Zöckler

Vor 100 Jahren

Friedensvertrag von Riga



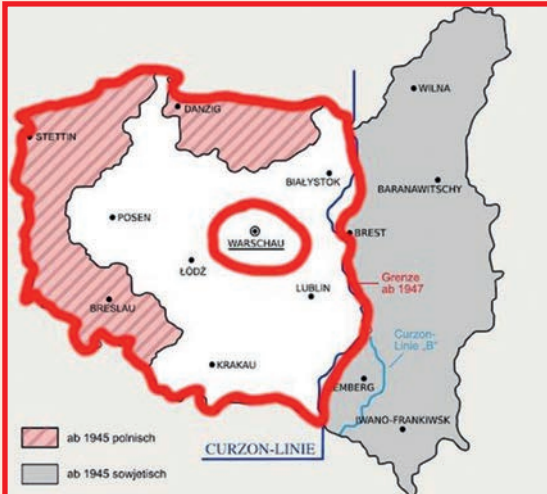
Das prachtvoll wiedererrichtete Schwarzhäupterhaus am Markt von Riga 2015 (Quelle, Lettisches Fremdenverkehrsamt in Deutschland)



»Von der Schlacht bei Warschau bis zum Frieden von Riga« – zeitgenössisches polnisches Plakat im Museum der polnischen Volksbewegung in Warschau. Der polnische Reiter vor weiß-roter Fahne mit gezogenem Degen befreit die am Boden kauern den Bauern von dem links am Boden liegenden rotgewandeten Russen (?), mit Dolch im Gürtel.



Riga das Schwarzhäupterhaus 1920, Ort der Friedensverhandlungen zwischen Sowjetrussland Polen Quelle, Jerzy Kumaniecki Stosunki...



Die 1919 von England vorgeschlagene sog. Curzon – Linie im historischen Kontext der polnischen Ostgrenzen (Quelle, Roos, Geschichte der polnischen Nation 1918 – 1985).



Die Waffenstillstandslinie vom 18.10.1920 im polnischen Osten, rot markiert und die neue Staatsgrenze im Osten nach dem Frieden von Riga ,schwarz markiert Quelle: Polski Zwiasek Kresowiakow.

Aus unserer Serie: Vor 100 Jahren: »Der Friedensvertrag von Riga im März 1921 und der politische Status von Ostgalizien in der Zweiten polnischen Republik 1921-1939« * –

Teil 1: Ostgalizien als Schlachtfeld alter und neuer Nationen sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker. – Sie lesen heute Teil 1.1, Teil 1.2 folgt im nächsten Heft.

Der Kampf um den Status von Ostgalizien im Kontext der Pariser Vorortverträge und der Nationalitätenfragen in den Jahren 1918–1921 nach dem Zerfall der großen Imperien

Vorbemerkung: Das Streben nach Selbstbestimmungsrecht der Völker Österreich-Ungarns als Sprengsatz in der Doppelmonarchie

Als die Friedensmacher der alliierten und assoziierten Mächte sich im Januar 1919 in Paris trafen, um nach dem bis dato größten Krieg der Menschheitsgeschichte eine neue dauerhafte Friedens- und Weltordnung zu schaffen, setzten sie sich praktische Ziele, die weit über die Möglichkeiten und Kräfte von Diplomaten, Staatsmännern, Militärs, Experten und Sachverständigen hinausgingen.(1) So erwies sich auch das vom amerikanischen Präsidenten in seinem 14 Punkte – Programm vom 8. Januar 1918 in Artikel X geforderte Recht der Völker Österreich – Ungarns »zu freiem Spielraum und selbständiger Entwicklung« als besonders zweischneidiges Schwert.(2) Er führte zu einer Internationalisierung der in der Habsburger Monarchie seit der zweiten Hälfte des XIX Jahrhunderts virulent vorhandenen Spannungen zwischen den Völkern und Nationen in der Doppelmonarchie. Und dies betraf exemplarisch auch das Verhältnis von Polen und Ruthenen** (Ukrainern) in Ostgalizien.(3) So kamen auch das Völkermanifest des letzten Kaisers der Doppelmonarchie Karl I. vom 16. Oktober 1918 und die beabsichtigte Umwandlung des staatlichen Dualismus in einen Bundesstaat mit weitestgehender Selbstbestimmung der Völker zu spät, um den praktischen Zerfall der Donaumonarchie noch aufzuhalten.(4)

Das Manifest des Ukrainischen Nationalrates vom 19.10.1918 als Vorstufe zur Proklamation der Westukrainischen Volksrepublik Galizien

Die unmittelbare Folge der Veröffentlichung des Völkermanifestes war die Bildung von Nationalräten der im Wiener Parlament vertretenen nationalen Aktivisten der Völker der Doppelmonarchie. So erfolgte z.B. neben dem Manifest des Tschechischen Nationalrates in Prag und dem Manifest des Südslawischen Nationalrates in Zagreb vom 19.Oktober 1918 am gleichen Tage auch die feierliche Verkündigung eines Manifestes des Ukrainischen Nationalrates in Lemberg auf dem Platz vor der St. Georgs-Kathedrale.

Unter der Leitung der ruthenischen Abgeordneten des Wiener Parlamentes Jewhen Lewicki und Stepan Baran war auf Antrag des späteren ersten Präsidenten der Westukrainischen Volksrepublik Galizien – J. Petruszewicz beschlossen worden, eine Verfassung für einen selbständigen ukrainischen Bundesstaat innerhalb der k.u.k.-Monarchie vorzubereiten. Er sollte alle ethnografischen ukrainischen Gebiete in Ostgalizien bis zum San sowie der Bukowina und Transkarpatien umfassen.(5)

Diesem Manifest folgte ein Memorandum des Nationalrates der Ungarischen Rusinen vom 21. Oktober 1918 in Makeesport (USA) an den Präsidenten der USA Woodrow Wilson zur Autonomie der Rusinen im Raum der Karpaten innerhalb eines neuen Staatengebildes. Es war das erste politische Memorandum im Kontext einer *Ukrainischen Frage*, mit dem sich die führenden Köpfe der zukünftigen Friedenskonferenz in Paris konfrontiert sahen.(6) Das Manifest des Ukrainischen Nationalrates in Lemberg vom 19. Oktober 1918 fand aber kaum einen Widerhall, sowohl bei

der ruthenischen Bevölkerung Lembergs, als auch auf dem flachen Lande unter der bäuerlichen ruthenischen Bevölkerung. Auch die erwartete Unterstützung der höheren griechisch-katholischen Geistlichkeit und des Erzbistums blieb aus, weil diese erst einmal die offizielle Reaktion aus Wien abwarten wollten. Darüber hinaus waren auch nicht die lokalen k.u.k.-Behörden wie der Stadthalter General Karl von Huyn oder der Stadtkommandant von Lemberg General Pfeffer informiert worden.(7) Das wichtigste Motiv der Verfasser des ukrainischen Manifestes war aber zu verhindern, dass ethnografische ukrainische Gebiete einem neuen polnischen Staate zugeschlagen werden und die in Lemberg vorhandenen konspirativen polnischen Organisationen zusammen mit der k.u.k.-Administration vollendete Tatsachen einer Machtübergabe durchführen würden, ohne die ukrainischen Interessen einer bundesstaatlichen Autonomie zu berücksichtigen.(8) Denn einen starken polnisch-ruthenischen Antagonismus in Ostgalizien und der Bukowina gab es schon seit dem Jahre 1890 nach Gründung politischer ruthenischer Parteien und der großen Emanzipation der Ruthenen in den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Volksbildung, Politik und örtlicher Selbstverwaltung. Hier stand paradoxerweise das polnische Vorbild Pate, und dies betraf praktisch alle Bereiche des öffentlichen Lebens. So ist nicht übertrieben, wenn schon damals vor über 100 Jahren Zeitzeugen Ostgalizien als Piemont*** der ukrainischen und polnischen Nationalbewegung bezeichneten.(9) Primäres Ziel der Ruthenen und ihrer Abgeordneten im Wiener Parlament war eine Spaltung Galiziens in ein polnisch dominiertes Westgalizien und ein autonomes ukrainisches Kronland Galizien und Bukowina als politische Konföderation mit den Hauptstädten Lemberg (ukr. Lviv) und Tschernowitz (ukr. Tscherniwzi). Der letzte Versuch in dieser Richtung scheiterte am 12.Oktober 1918 mit der Absage Kaiser Karls I., Galizien ukrainischen Wünschen gemäß zu teilen. Der k.u.k.-Außenminister Gyla Andrassy hatte schon vorher ein Projekt vorbereitet, ganz Galizien als Teil eines polnischen Bundesstaates zu betrachten, der in Realunion mit der neuen südslawischen sowie ungarischen und österreichischen Reichshälfte vereinigt werden sollte. Diese austropolnische Lösung hatte ja auch schon der »Vater« der Doppelmonarchie Kaiser Franz Joseph I. noch zu Lebzeiten favorisiert. Darüber hinaus war die Dominanz der Polen in Verwaltung, Politik (Galizischer Landtag) und Wirtschaft im östlichen Teil des Kronlandes nach dem Großen Ausgleich von 1867 bis 1918 nie wirklich in Frage gestellt worden.(10)

Der ukrainische Aufstand durchkreuzt die polnischen Pläne für Galizien

Der schlecht vorbereitete ukrainische Aufstand in Lemberg am 1. November 1918 und die Proklamierung einer Westukrainischen Volksrepublik Galizien am gleichen Tage überraschte alle an der Lösung der ostgalizischen Frage interessierten Akteure. Dem Aufstand folgte die weitestgehende gewaltfreie Übernahme der Macht in 90 % der Fläche des Kronlandes Galizien und der Bukowina durch konspirative ukrainische Militärkommandos.(11) Dem Machtumsturz in

Ostgalizien und der Bukowina Anfang November 1918 ging die Gründung einer polnischen Liquidierungskommission am 28.10.1918 in Krakau voraus. Diese wurde aus polnisch-galizischen Abgeordneten des Wiener Parlamentes gebildet und unterstellten sich politisch sofort dem polnischen Regenschaftsrat im kongresspolnischen Warschau. Und schon am nächsten Tage wurde von der Liquidierungskommission in einer Note an den österreichischen Premierminister Heinrich Lammasch die Übernahme der exekutiven Gewalt für ganz Galizien angezeigt. Denn als zukünftiger Sitz der vollziehenden neuen Exekutive wurde in der Note auch Lemberg genannt. Und dem Stadthalter von Galizien Karl von Huyn in Lemberg wurde am 31. Oktober 1918 telefonisch von der Liquidierungskommission die Übernahme der vollziehenden Gewalt für ganz Galizien angezeigt. In der Krakauer Liquidierungskommission spielten die späteren polnischen Politiker Wincenty Witos, Ignacy Daszynski und Graf Aleksander Skarbek eine führende Rolle. Sie wurden dann im polnischen Parlament der Zweiten Republik dem Sejm auch die Galizier genannt.(12)

Die Westukrainische Volksrepublik Galizien – als Versuch eines ukrainischen Staatsprojektes in der zerfallenden k. u. k.-Monarchie

Die Machtübernahme von Teilen der Stadt Lemberg und die Proklamierung der Westukrainischen Volksrepublik Galizien am 1. November 1918 standen dann am Anfang des polnisch – ukrainischen Krieges um die galizische Hauptstadt und um den Besitz Ostgaliziens. Denn auf den gescheiterten Versuch ukrainischer Militärkommandos als Exekutive des Ukrainischen Nationalkomitees, ganz Lemberg unter Kontrolle zu bringen, folgte schon am gleichen Tage die bewaffnete Reaktion von polnischen Aktivisten der konspirativen Polnischen Militärorganisation (POW), Pfadfindern, Schützenverbänden und Gymnasiasten sowie ehemaligen polnischen Legionären, die sich spontan zu Kampfeinheiten der Selbstverteidigung zusammenschlossen und Widerstandszentren in der Stadt bildeten. Der bewaffnete Kampf um und in Lemberg dauerte bis zum 22. November 1918, die folgende Belagerung der Stadt bis zum 31. März 1919 und der Konflikt um den faktischen Besitz Ostgaliziens endete erst am 17. Juli 1919 mit der Besetzung des Landes durch aus Frankreich verstärkte polnische Truppenverbände der »Haller-Armee«.(13) Dieses Ereignis war der erste Konflikt des neuen polnischen Staates, der zum Zeitpunkt des Umsturzes in Ostgalizien noch gar nicht konstituiert war, um seine zukünftigen Staatsgrenzen. Ein kleiner Krieg im noch andauernden Großen Krieg 1914–1918, dessen unklares und nebulöses Ende sich aber damals schon abzeichnete.(14)

Die Westukrainische Volksrepublik Galizien als Störfaktor bei der Suche nach einer europäischen Friedensordnung nach dem Ende des Weltkrieges

Wie verhielten sich die alliierten Siegermächte des Ersten Weltkrieges zur Internationalisierung des Konfliktes um Ostgalizien nach dem Waffenstillstand mit dem Deutschen Reich und der Gründung des neuen polnischen Staates ohne definierte Grenzen am 11. November 1918? Der politische Kontext dieser Frage war bestimmt durch das Vorhandensein einer Polnischen Frage**** als eine der Kernfragen der europäischen Diplomatie im gesamten Zeitraum der polnischen Nichtstaatlichkeit. Die alliierten und assoziierten Hauptmächte USA, Großbritannien und Frankreich waren darüber hinaus durch Artikel XIII des 14- Punkte Programms vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson gebun-

den, in dem dieser die Wiederherstellung eines polnischen Staates mit Einschluss aller ethnisch-polnischen Gebiete am 8.01.1918 öffentlich vorgeschlagen hatte.(15) Das Vorhandensein des am 15. August 1917 in Lausanne gegründeten Polnischen Nationalkomitees als polnische Interessenvertretung und dessen diplomatische Anerkennung als legitime Interessenvertretung eines zukünftigen polnischen Staates durch die vier verbündeten und assoziierten Hauptmächte 1917 erleichterten es den Polen, ihre Forderungen, den polnischen Staat in den Grenzen von 1771 wiederherzustellen, nachträglich auch auf der Friedenskonferenz zu vertreten. Eine Ukrainische Frage wurde von den Alliierten bis zum Beginn der Pariser Friedenskonferenz im Januar 1919 immer als innere Angelegenheit Russlands und der Doppelmonarchie und unter Gesichtspunkten weitestgehender Autonomiegewährung für nationale Minderheiten betrachtet. Auch die »Peace Maker« von Paris wurden vom Konflikt um Ostgalizien »kalt erwischt«, und sie standen vor dem Dilemma fehlender oder falscher Informationen zu diesem politischen Ärgernis, mit dem die »Schiedsrichter« der Weltprobleme zuerst überfordert gewesen sind. (16) Deshalb diente die Mission des mit Ignacy Padarewski Anfang 1919 nach Warschau entsandten englischen Oberst Harry Herschell Wade primär der Informationsbeschaffung für die Alliierten vor Ort. Die Aufgabe einen polnisch – ukrainischen Waffenstillstand in Lemberg zu vermitteln, widmete sich dann als Leiter einer Interalliierten Kommission der verbündeten Orientarmee in Ungarn der französische General Joseph Berthelemy. Er war mit zwei französischen und englischen Offizieren im Gefolge Mitte Januar 1919 über Krakau mit einem für die polnische Seite bestimmten Munitionstransport im Kampfgebiet eingetroffen. Darüber hinaus sollte er Gerüchte über das Pogrom an der jüdischen Bevölkerung Lembergs Mitte November 1918 klären und eine annehmbare Demarkationslinie zwischen den Konfliktparteien in Ostgalizien bis zum endgültigen Entscheid der Alliierten in Paris aushandeln.(17) Wie stark der antideutsche Einfluss der Nationaldemokratie auch die diplomatischen Aktivitäten des Polnischen Nationalkomitees beeinflusste, zeigt ihre Note an die britische Regierung im Zusammenhang mit den Ereignissen in Lemberg vom 12. November 1919: »Wir verurteilen die Teilnahme der Österreicher an diesem bewaffneten deutsch-ukrainischen Umsturz in Ostgalizien, wo das Polentum unstrittig die Mehrheit in den Städten bildet. Unser Widerstand ist ein Akt der Selbstverteidigung. Wir bitten um die Entsendung alliierter Truppen um dem aufrührerischen Treiben dieser Elemente ein Ende zu setzen«. (18, Auszug) Aber auch die ukrainischen Konfliktparteien entsandeten ihre Vertreter nach Paris, um ihrer Sache bei den Alliierten Nachdruck zu verleihen. Dies war bei der Union der Ukrainischen Volksrepublik mit der Westukrainischen Volksrepublik Galizien in Kiew am 21. Januar 1919 neben gegenseitiger militärischer Unterstützung, vereinbart worden.(19) Wie die

Anmerkungen zu den verwendeten Terminologien:

** Ruthene, Reuss, Rusniake sowie Kleinrussen oder »Chochloly« in der Habsburger Monarchie und im russischen Imperium verwendete Terminologien für die Ukrainer vor und im Ersten Weltkrieg, Die Terminologien Ukraine und Ukrainer setzten sich erst nach der Pariser Friedenskonferenz 1919 und im Kontext der Entstehung einer Ukrainischen Frage im internationalen Sprachgebrauch durch.

*** Piemont spielte eine Schlüsselrolle bei der Einigung der italienischen Nation in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts als Verbündeter des französischen Kaisers Napoleon III. und seinem Nationalitätenprinzip. Synonym für politischen Irredentismus und nationale Abspaltungstendenzen vor dem Ersten Weltkrieg

**** Alle Fragestellungen im Zusammenhang mit der Wiedererrichtung eines polnischen Staates wie Staatsform, Grenzen, Minderheitenfragen, Wirtschaft, internationale Garantien usw.

diplomatischen und militärpolitischen Aktivitäten der alliierten Siegermächte des Ersten Weltkrieges den weiteren Lauf der Ereignisse in Ostgalizien beeinflussten bis zu Fragen des politischen Status dieses Gebietes, wird im nächsten Artikel dieser Serie beschrieben werden.

*Eine Übersicht der verwendeten Sekundärliteratur als Quellen sowie der Übersetzungen fremdsprachiger Forschungsarbeiten befindet sich als Anhang und Abschluss am Ende der Artikelserie.

Verwendete Sekundärquellen:

- (1) Jörn Leonhardt, »Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923« München 2018, S.11–29
- (2) Karl Friedrich Nowak, »Der Sturz der Mittelmächte«, München 1921 Anhang: Die »23 Punkte« des amerikanischen Präsidenten Wilson, S. 373–377
- (3) siehe Leonhardt »Der überforderte Frieden ...Kapitel: Der Zerfall der Habsburgermonarchie«, S.179–216
- (4) der volle Wortlaut des Völkermanifestes bei Nowak »Der Sturz...«, S.412–413

- (5) Michal Klimecki »Polsko – Ukrainiska wojna o Lwow i Galicje Wschodnia 1918–1919« Warszawa 2000 ,S. 48–48
- (6) siehe Klimecki »Polsko – Ukrainiska wojna«.... S. 48,
- (7) siehe Klimecki S.49–50
- (8) Wasyl Kutschabsky »Die Westukraine im Kampf mit Polen und dem Bolschewismus in den Jahren 1918–1923« , Berlin 1934 S.30,
- (9) siehe W. Kutschabsky Die Westukraine ...S.4, siehe W. Kutschabsky »Die Westukraine«, S.30–35
- (10) Damian K. Markowski »Dwa Powstania Bitwa o Lwow 1918« Krakow 2019 S.53–62,
- (11) siehe Klimeckie »Polsko -Ukrainska wojna...« S. 52–53
- (12) Mieczyslaw Wrzosek »Wojna o granice Polski Odrodzonej 1918–1921« Warszawa 1992, S.166–204
- (13) siehe Leonhardt »Der überforderte Frieden....Kapitel Staatsbildung und umkämpfte Souveränität in Ostmittel- und Südosteuropa«, S.476–493
- (14) Dr. Walther Recke »Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik« Berlin 1927 siehe Kapitel: »Amerika und das polnische Problem«, S.284–323
- (15) siehe Recke »Die polnische Frage«, S.346
- (16) siehe Klimiecki »Polsko – Ukrainiska wojna ...« S.144, S.166–167
- (17) »Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 roku, dokumenty i materiały t.2, Warszawa 1967«, S.218–219
- (18) siehe Klimiecki »Polsko – Ukrainiska wojna ...«, S.169

I.: Ein erster Anlauf zur Nationalen Selbstständigkeit: Die Westukrainische Volksrepublik (1918/19)



Auf dem Platz vor der St. Georgskathedrale in Lemberg erfolgte mit Manifest am 19.10.1918 die feierliche Verkündung einer ukrainischen Regierungsexekutive Fotoquelle: Lvivtourist Lozowa u.a. Oktober 2008.



Das Nationale Haus der Ukrainer in Lemberg, hier erfolgte am 1. November 1918 die Proklamierung der Ukrainischen VR Galizien Quelle: Jurij-Foto Lviv 2015 in.



Der galizische Löwe, Staatswappen der Ukrainischen VR Galizien 1918–1919 Quelle: ua. heraldyk

In Lemberg im November 1918 durch die Westukrainische VR Galizien herausgegebene eigene provisorische Briefmarke Quelle: Freie Ukrainische Universität München.



Stilisiertes Wappenschild der Ukrainischen Volksrepublik am Denkmal S.Banderas in Lemberg (Lviv) Foto Hanno Schult Mai 2013.

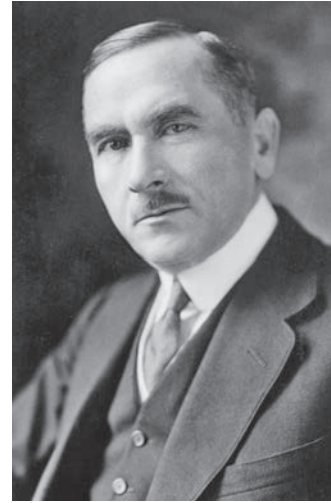


Gedenkplakat aus Anlass des 40. Jahrestages der Gründung Westukrainische Volksrepublik Galizien in Lemberg am 1. 11. 1918 Quelle: Assoziation der Ukrainer in Great Britain.

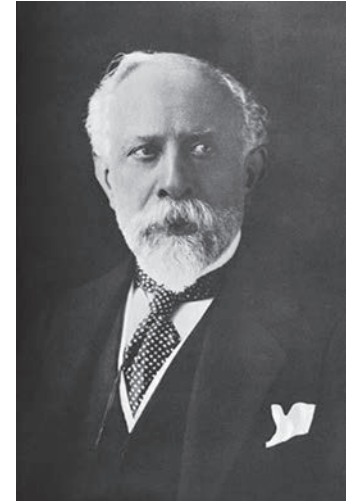
II: Polens Anspruch auf Galizien in den Pariser Friedensverhandlungen



Das Polnische Nationalkomitee in Paris 1919, in der Mitte sitzend der Vorsitzende Roman Dmowski Quelle: Andrzej Galicki-Pierwszej lata Drugiej Rzeczypospolitej-Warszawa 1989.



Hirn und Herz der polnischen Friedensdelegation in Paris 1919 Roman Dmowski Begründer der Polnischen Nationaldemokratie Quelle: wolnej archiw Gazeta Wyborcza pl.



Der französische Diplomat Jules Cambon zuständig für die Polnischen Angelegenheiten auf der Pariser Friedenskonferenz Quelle Fotoarchiv Harold Nicolson from the Peace Maker in the 1919 year free.



Zum Entsatz von Lemberg, Aufruf des polnischen Krakauer Büros zum Entsatz von Lemberg vom 15. 11. 1918 Quelle: Archiv UJ w Krakowie.

Karte des Polnischen Nationalkomitees in Paris 1919 mit den historischen polnischen Gebietsforderungen Quelle: Szkolny Atlas Historyczne Warszawa 1938.

NA ODSIECZ DO LWOWA!

Slabną już ramiona bohaterkich obrocników Lwowa. Ich garstka maleje ale trzyma się nadludzkim wysilkiem i czeka pomocy. Niech każdy z nas pamietaj, ze krew tych najszlachetniejszych **O POLSKĘ WALCZĄCYCH spadnie na jego sumienie!** Jeeli się do odsieczy nie przyczyni! **Każde chwila jest droga! Każdy żołdak może znależe swój rufakow!** Kto chce bez puleki wstepić do wojska, aby znalezie się w oddziałach, splennących na pomoc, **NIEMOJA! JEDZIE NATYCHMIAST DO KRAKOWA!** **W BIURZE ODSIECZY DLA LWOWA.** Uniwersytet II. p. od 10-1 i od 5-7. **Flodziny ochotników otrzymują zasłki wojskowe.** Nie przeymaja się zabrakowi a postój lat 37 obywateli. **Krakowskie Biuro odsieczy dla Lwowa!** Gofikow, Gofikow! Kompletne, Restauracji Szofski, Sława, Stronki

Vor 100 Jahren: »Der Friedensvertrag von Riga im März 1921 und der politische Status von Ostgalizien in der Zweiten polnischen Republik 1921-1939« * – von Hanno Schult

Teil 1: Ostgalizien als Schlachtfeld alter und neuer Nationen sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker. – (Sie lesen heute Teil 1.2, Teil 1.3, Teil 1.1 konnten Sie im vorangegangenen Heft lesen, Teil 2 folgt im nächsten.)

1.2. Das Machtvakuum in Ostgalizien und der erste Krieg nach dem Großen Kriege auf den Trümmern der k.u.k.-Monarchie als regionale Ordnungsmacht 1918–1919

Der polnisch – ukrainische Konflikt von 1918/19 um den Besitz Ostgaliziens vor mehr als hundert Jahren ist Geschichte. Noch nicht Geschichte ist der Kampf um die Deutungshoheit dieses historischen Ereignisses im Kontext der in beiden Ländern praktizierten Geschichtspolitik. Exemplarisch dafür steht der Streit um den Status und die Gestaltung des polnischen Heldenfriedhofs und der Gedenkstätte der »Lemberger Adler« (Orleta) auf dem Lyczakowski-Friedhofsareal im heutigen Lviv.**(1)** »Der polnisch-ukrainische Krieg in Ostgalizien war weniger ein Konflikt zwischen zwei Staaten als vielmehr ein Konflikt zwischen zwei Staatsgründungsprojekten. Als er Anfang November 1918 ausbrach, gab es auf keiner der zwei Seiten eine funktionierende Regierung, eine ausreichende entwickelte Verwaltung oder eine fertig formierte Armee.«**(2)** Es ist hier nicht der Raum, diesen Konflikt in seinen Einzelheiten darzustellen, denn es existieren mittlerweile auch gute Forschungsarbeiten in deutscher Sprache zu diesem Thema.**(3)** Dieser »Kampf der Pygmäen« (Marschall Ferdinand Foch) enthielt alte und neue Elemente des Großen Krieges von 1914–1918, denn er wurde neben der militärischen auch auf der wirtschaftlichen, diplomatischen, wissenschaftlichen sowie Propagandaebene geführt. Beispielhaft steht hier der Kampf um und in Lemberg vom 1. November bis zum 23. November 1918, in dem alle Volksgruppen in dieser multiethnischen Stadt gezwungen wurden zum polnisch-ukrainischen Konflikt auch Stellung zu beziehen. Dies betraf nicht nur die jüdischen, deutschen, armenischen und walachischen Einwohner der Stadt, sondern auch die zahlreichen k.u.k.-Soldaten deutscher, ungarischer, kroatischer sowie tschechischer Nationalität, die sich beim Ausbruch des Konfliktes noch in den zahlreichen Kasernen der Stadt befanden.**(4)**

Die Hoffnung des Kommandeurs vom Ukrainischen Militärkomitee Dmytro Wytkowski, die ganze Stadt Lemberg schon am 1. November unter Kontrolle zu bringen, scheiterte vor allem an fehlender Aufklärung und der Passivität der Soldaten ukrainischer Nationalität, sowohl aus den k.u.k. Truppenteilen als auch der ehemaligen Soldaten der russischen Armee, die sich im Rückreisetransit aus k. u. k.- Kriegsgefangenenlagern in der Stadt befanden und die kriegsmüde nur von einem Wunsch beseelt waren: »Nach Hause zum heimischen Herd und der Familie«**(5)**

So beschränkte sich der ukrainische Herrschaftsbereich nach der improvisierten polnischen Selbstverteidigung der Stadt auf das Zentrum wie dem Besitz folgender Objekte: Zitadelle, Rathaus, Galizischer Landtag, Hauptpost, Gebäude des Statthalters; Schlossberg, Landesbank und die Ferdinand-Infanterie-Kaserne.**(6)** Der Statthalter von Galizien General von Huyn und der Stadtkommandant General Pfeffer erklärten ihre Neutralität und weigerten sich, offiziell die Macht an das ukrainische Militärkomitee zu übergeben, sie wurden daraufhin interniert. Und auch der kommunale Stadtrat und die jüdische Gemeinde erklärten ihre Neutralität; erstgenannter verpflichtete sich nur, das Funktionieren

der städtischen Infrastruktur zu gewährleisten.**(7)** Der westliche Teil der Stadt mit dem Hauptbahnhof und der Eisenbahnverbindung nach Przemysl und die beiden Etappenflugplätze sowie die Kadettenanstalt mit Kaserne blieben in polnischer Hand. Die Kontrolle und Kenntnis der wichtigen Kommunikationswege in und außerhalb Lembergs waren neben dem höheren Organisationsgrad die entscheidenden Faktoren, dass die polnische Selbstverteidigung neben militärischer Unterstützung aus Westgalizien die Stadt bis zum 23. November 1918 vollständig unter Kontrolle bringen konnte.**(8)** Trotzdem war der Kampf um die Stadt Lemberg, der über, auf und unter der Erde (in der Kanalisation und durch Unterminieren) geführt wurde, ein in der Stadtgeschichte bis dahin unbekannter beispielloser Gewaltakt.**(9)** Und kaum ein anderes Ereignis hat der internationalen Reputation des jungen polnischen Staates mehr geschadet als der Pogrom an der jüdischen Bevölkerung in der Stadt, dem am 22. und 23. November 1918 mindestens 73 Personen jüdischer Nationalität zum Opfer gefallen waren. Darüber hinaus wurden an den Tagen der »Befreiung« 3729 überwiegend jüdische Wohnungen, Geschäfte und Werkstätten geplündert und beraubt. Den Kämpfen in der Stadt fielen bis zum 24. November 1918 265 unbeteiligte Einwohner zum Opfer und auf polnischer Seite wurden darüber hinaus 439 Soldaten sowie Angehörige militärischer Formationen getötet, darunter auch 12 Frauen.**(10)** Die Aufgabe, einen polnisch - ukrainischen Waffenstillstand während der folgenden ukrainischen Belagerung der Stadt Lemberg vom 23.11.1918–31.03.1919 zu vermitteln, hatte an der Spitze einer am 21. Februar 1919 in Paris gebildeten interalliierten Unterkommission für polnische Angelegenheiten der französische General Berthelemy. Weitere Mitglieder dieser Unterkommission waren Prof. Lord (USA), Major Stabile (Italien) und General Carton de Wiart (Großbritannien). Ihnen gelang es tatsächlich, vor Ort am 23. Februar 1919 einen kurzen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien auszuhandeln. Und schon bei diesen Verhandlungen wurden die Interessengegensätze der Alliierten zum künftigen Status von Ostgalizien sichtbar.

Denn nur Frankreich unterstützte die polnischen Forderungen auf Ostgalizien diplomatisch, militärisch und wirtschaftlich. Und dies auch aus eigenem ökonomischem Interesse, wie das Beispiel der Erölfelder von Boryslaw und Drohobycz zeigt, wo schon vor 1914 erhebliche französische Kapitalien investiert worden waren. Darüber gab es mit dem polnischen Staatsgründer J. Pilsudski Übereinstimmung, zusammen mit Rumänien in diesem Raum einen antibolschewistischen »Cordon Sanitaire« zu schaffen.**(11)** Hoffnung auf Rumänien und die neugegründete Tschechoslowakei als Waffen – und Ausrüstungslieferanten hatte im Frühjahr 1919 auch die ukrainische Seite: das politische Sekretariat der Westukrainischen VR Galizien (prov. Regierung). Die polnische Großoffensive am 12. Mai 1919 in Wolhynien und Ostgalizien und die rumänische Besetzung der Nordbukowina im gleichen Monat sowie der Verlust des Erdölfördergebietes durchkreuzten jedoch diese Pläne.**(12)** Ein wichtiger Faktor für die Zersetzung der westukrainischen Armee Galizien und das Sinken der Kampfmoral war neben den Spannungen zwischen der zivilen Leitung des Staates

(staatliches Sekretariat) und dem militärischen Oberkommando auch die epidemische Lage an der Front und im Hinterland. Denn schon im Januar und Februar 1919 wurden die Truppen der ukrainisch-galizischen Armee furchtbar durch Fleckfieber, Typhus und die Cholera dezimiert. Dazu kam die durch die polnische Haller Armee im Mai 1919 eingeschleppte Spanische Grippe und die Erwartung der galizischen Bauernsoldaten, bei einer sozialen Bodenreform nach bolschewistischem Vorbild nicht zu kurz zu kommen. Auch die im Großen Kriege 1914–1918 zerstörte regionale Infrastruktur in Ostgalizien und die Tatsache, dass die ehemaligen k.u.k.-Quarantäne-Lager und Entlausungsstationen durch die polnischen Behörden hinter der polnischen Front erst wieder aufgebaut und reaktiviert werden mussten, war hier ein weiterer wichtiger kriegsentscheidender Faktor.**(13)** Entscheidend für den Ausgang des ukrainisch-polnischen Konfliktes in Ostgalizien waren aber militärpolitische Entscheidungen wie die der interalliierten Kommission in Posen (Poznan) zur Freigabe polnischer Truppen von der ruhigen deutschen Front für die Front in Ostgalizien am 4. März 1919 und Ende Mai 1919 der geheime Abtransport von einem Armeekorps der polnischen Haller-Armee aus Posen an die ostgalizische Front.**(14)** Dieses Schaffen vollendeter Tatsachen wurden dann nachträglich vom Obersten Alliierten Rat in Paris am 25. Juni 1919 sanktioniert, der Polen die Besetzung Ostgaliziens bis zum Flusse Zbrucz zugestand, nachdem eine letzte verzweifelte ukrainische Gegenoffensive im Juni 1919 keine Kriegswende gebracht hatte.**(15)** Dieser Krieg mit 10000 polnischen und 15000 toten ukrainischen Soldaten (davon 7000 durch Seuchen und andere Krankheiten!) endete formal erst am 21. November 1919 mit der Entscheidung des Obersten Alliierten Rates in Paris zur administrativen Überlassung dieses Gebietes (Mandat) an Polen für einen Zeitraum von 25 Jahren. Danach sollte eine Volksabstimmung unter Kontrolle des Völkerbundes, über das politische Schicksal Ostgaliziens entscheiden.

1.3. Ostgalizien als Verhandlungsobjekt bei der Entstehung des Militärbündnisses zwischen dem polnischen Staatsgründer J. Pilsudski und Ataman S. Petljura (Direktorium Ukrainische Volksrepublik) im Kontext des russisch-polnischen Krieges 1919–1921

Als am 17. Juli 1919 die letzten Truppenverbände der Ukrainisch Galizischen Armee von den polnischen Truppen hinter den Grenzfluss Zbrucz in Richtung Osten vertrieben wurden, war der militärische Kampf um den politischen Status von Ostgalizien noch nicht beendet. Ostgalizien spielte auch eine zentrale Rolle beim folgenden russisch-polnischen Krieg 1919-20 sowohl als Raum militärischer Operationen wie auch als politische Verhandlungsmasse der Konfliktparteien.**(16)** Der jüdisch-russische Schriftsteller Isaak Babel, der am Feldzug der legendären 1. Roten Reiterarmee 1920 unter dem eigenen Pseudonym Kirill Vasiljevic Ljutov teilgenommen hatte, hinterließ der Welt mit seinem »Tagebuch 1920« und »Die Reiterarmee« ein unvergessenes autobiographisch-literarisches Zeugnis vom russisch-polnischen Krieg 1920 in Ostgalizien.**(17)**

Die Zukunft Ostgaliziens war auch ein wichtiger Bestandteil der Bündnisverhandlungen zwischen dem polnischen Staatsführer Josef Pilsudski und dem militärischen Kopf der Ukrainischen Volksrepublik (UVR) in Kiew Ataman Symon Petljura, die schon im Spätsommer 1919 begonnen hatten. Für J. Pilsudski war die Ukrainische Volksrepublik in Kiew (Direktorium) der einzig mögliche Bündnispartner bei seiner

politischen Konzeption einer mit Polen verbundenen Staatenkonföderation als Schutz gegen ein imperialistisches Russland, egal ob politisch-konstitutionell in »weißer« oder »roter« Form.**(18)** Für die Regierung der UVR war das pragmatische und ungeliebte Bündnis mit dem Erzfeind Polen 1920 eine Frage von Leben und Tod, denn nachdem 1919 die politisch-militärische Unterstützung durch die Alliierten Siegermächte des Ersten Weltkrieges ausgeblieben war, bestand im Frühjahr 1920 die UVR als ein ukrainisches Staatsgebilde ohne eigenes Territorium und eigene exekutive Verfügungsgewalt, nachdem die Großukraine zum Schlachtfeld zwischen der Roten Armee und der Weißen Armee unter Anton Denikin sowie der Grünen Bauernarmee Nestor Machnos geworden war.

So war das erste sichtbare politische Zugeständnis S. Petljuras der territoriale Verzicht auf Ostgalizien und Westwohynien als Kompensation für die Anerkennung der UVR als einzige legitime Vertretung der ukrainischen Nation durch die Polnische Republik in Artikel II des Warschauer Abkommens vom 21. April 1920.**(19)** Dieses Zugeständnis war auch innerhalb der Regierung des Direktoriums der UVR nicht unumstritten und war ein klassischer politischer Kompromiss. Wichtiger war aber für beide Seiten die folgende gemeinsame Warschauer Militärkonvention vom 24. April 1920, die neben militärischer Unterstützung auch Fragen zum zukünftigen Besatzungsstatut polnischer Truppen in der »befreiten Ostukraine« sowie wirtschaftliche Fragen wie die der Währung, Versorgung und Nutzung der Eisenbahnen sowie Transitfragen regelte.**(20)** Am 25. April 1920 begann die große Angriffsoperation der 3., 2. und 6. polnischen Armee mit Unterstützung ukrainischer Truppenteile auf dem Südflügel der Front auf die ukrainische Metropole Kiew und gegen die russische 12. und 14. Armee, die dann am 8. Mai 1920 zur Einnahme Kiews durch die 3. polnische Armee führte.**(21)** Der polnisch-ukrainische Feldzug auf Kiew wurde in einer pathetischen Proklamation Pilsudskis an alle Einwohner der Ukraine vom 26. April 1920 auch politisch-propagandistisch begründet. In dieser Proklamation wurde allen Bewohnern der Ukraine das Recht zur freien Selbstbestimmung sowie Schutz und persönliche Freiheit zugesichert.**(22)**

Der Gegenangriff der 1. Roten Reiterarmee südlich von Kiew am 27.05.1920 führte diese dann nach dem Durchbruch der polnischen Front im Rahmen der russischen Südwestfront unter Alexander Jegorow in einer Reihe von Schlachten bis an die östlichen Zugänge von Lemberg Mitte August 1920. Dass es der polnischen Seite aber dann in den kritischen Augusttagen gelang, Ostgalizien und die Verbindung mit dem rumänischen Verbündeten zu halten, war neben Führungs- und Kommunikationsfehlern der russischen Südwestfront auch der Standhaftigkeit der mit Polen verbündeten ukrainischen Truppen unter dem Oberbefehl von Michajlo Omeljanowicz-Pawlenko zu danken. Dieser hatte schon vom Dezember 1918 bis zum Mai 1919 den Oberbefehl über die gegen Polen kämpfende Galizische Armee inne.**(23)** Nach der Niederlage der russischen Westfront vor Warschau und der teilweisen Vernichtung der 1. Roten Reiterarmee vor den Toren von Zamosc Ende August 1920 musste auch das »rote« politische Projekt einer Galizischen Räte-Sowjetrepublik zu Grabe getragen werden. Der Frieden von Riga 1921 beendete dann auch für Ostgalizien die kriegerischen Auseinandersetzungen und schuf mit der Teilung der Ukraine einen neuen politischen Status Quo. Er bedeutete das – wenn auch letztlich nur zeitweilige – Scheitern der ukrainischen Staatsidee, die damals Machtfaktoren der stärkeren Nachbarn geopfert werden musste.

*Eine Übersicht der verwendeten Sekundärliteratur als Quellen sowie der Übersetzungen fremdsprachiger Forschungsarbeiten befindet sich als Anhang und Abschluss am Ende der Artikelserie.

Verwendete Sekundärquellen:

- (1) »Gazeta Wyborcza« vom 29.–30. Januar 2005 »Historia konfliktu o Cmentarz Orlat«
- (2) Włodzimierz Borodziej, Maciej Gorny »Der vergessene Weltkrieg, Europas Osten 1912–1923, Band II. Nationen 1917–1923, Darmstadt 2018 S.385
- (3) siehe Torsten Wehrhahn »Die Westukrainische Volksrepublik, Zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen und dem Problem der ukrainischen Staatlichkeit in den Jahren 1918–1923« Dissertation, Berlin 2004
- (4) Christoph Mick »Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt, Lemberg 1914–1947«, Wiesbaden 2010 S.120
- (5) Damian Markowski »Dwa Powstania Bitwa o Lwow 1918«, Warszawa 2019 S.63–81
- (6) siehe Markowski »Dwa Powstania ...« S.63 – (7) ebd. S.57

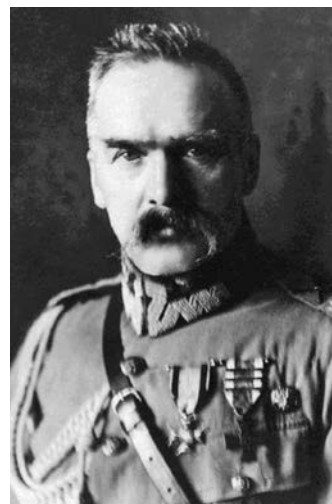
- (8) Michał Klimecki »Polsko-Ukraińska wojna o Lwów i Galicja wschodnia 1918–1919«, Warszawa 2000 S.116–145
- (9) siehe Klimecki »Polsko-Ukraińska wojna...«, S.116–145 – (11) ebd. S.173–177
- (12) Witold Hubert »Zajęcie Małopolska wschodniej i Wołyń w roku 1919« (Reprint), Warszawa 1993, S.57–69
- (13) siehe Klimecki, a. a. O. S. 199 – (14) ebd.« S. 177
- (15) Wilhelm Arenz »Grenzmärkische Forschungen Nr. 3, Polen und Russland 1918–1920« Leipzig 1939, S.49
- (16) Wasyl Kutschabsky »Die Westukraine im Kampf mit Polen und dem Bolschewismus in den Jahren 1918–1923«, Berlin 1934 S.152,
- (17) Isaak Babel »Tagebuch 1920« Berlin 1990 und »Die Reiterarmee« Berlin 1994
- (18) zu den polnisch-ukrainischen Bündnisverhandlungen siehe die Beiträge von Przemysław Hauser und Michał Klimecki in »Polska i Ukraina Sojusz 1920 roku i jego następstwa Materiały z Konferencji naukowej«, Torun 1997 S. 17–39 und S.42–78
- (19) Jan Borkowski (Hrg.) »Rok 1920 Wojna polsko-radziecka we wspomnieniach i innych dokumentach«, Warszawa 1990 Dokument Nr.67 S.128
- (20) siehe ebd. Dokument Nr.72 S.136–140
- (21) Janusz Odziemkowski »Leksykon Wojny Polsko –Rosyjskiej 1919–1920«, Warszawa 2004 S.180–183
- (22) siehe J. Borkowski (Hrg.) »Rok 1920...« Dokument Nr.73 S.140
- (23) J. Odziemkowski »Leksykon Wojny...« S.296

Der polnisch-ukrainische Krieg in Bildern

Die politisch-militärischen Akteure:



Semon Petljura links und Josef Pilsudski rechts im Waggon stehend an der ukrainischen Front 1920 bei einer Truppenbesichtigung – Foto: Hetman-Museum in Kiev.



Josef Pilsudski (1867–1935) der polnische Staatsgründer 1918 und Oberkommandierender der polnischen Armee – Fotoquelle: – Gesetz und Ehre – Hrg. Heinrich Koitz Jena 1935.



Grab des polnischen Generals W. Iwaszkiewicz der 1918 den Entsatz von Lemberg (Lwow) befehligte auf dem Heldenfriedhof der polnischen Adler (Orleta) in Lwiv – Foto: Hanno Schult Mai 2018.

Das Schlachtfeld Lemberg



Die beim Pogrom in Lemberg am 22. November 1918 zerstörte jüdische Synagoge – Beit Chasidim – Fotoquelle: D. Markowski – Dwa Powstania Bitwa o Lwow 1918 –, Krakow 2019.

Bastion der 1918 zwischen Ukrainern und Polen besonders stark umkämpften Zitadelle von Lemberg mit heute noch sichtbaren Kampfspuren am Ziegelgemäuer – Foto: Hanno Schult Mai 2018.



Im Tode vereint: Der Friedhof



Denkmal für die gefallenen Soldaten der ukrainischen Armee Galizien von 1918 auf dem Lyczakowski-Friedhof in Lemberg – Foto: Hanno Schult Mai 2018.



Eingang und Heldenallee auf dem polnischen Friedhof der »Lemberger Adler« (Orleta) in Lwiv – Foto: Hanno Schult Mai 2018.



Kapelle und Gräberfeld auf dem polnischen Heldenfriedhof der »Lemberger Adler« (Orleta) in Lemberg (Lwow) – Foto: H. Schult Mai 2018.



Ort umkämpfter Erinnerungskultur, der ukrainische Heldenfriedhof auf dem Lyczakowski-Friedhof in Lwiv für die gefallenen Soldaten der galizischen Armee 1918–19 – Foto: Hanno Schult Mai 2018.

Die Akteure in der Schlacht



Die Lemberger Adler (Orleta) bei der Verteidigung des Lyczakowski-Friedhofes im November 1918 zeitgenössische Darstellung Fotoquelle, Archiw Polskie Zwiazek Kresowiakow.



Illustration zu Isaak Babel – Die Reiterarmee –, russische Ausgabe von 1992 Moskau.

1. Weltkrieg: Der Krieg der Raubtiere



Der Große Krieg und der ukrainische Staatsbildungsprozess nach 100 Jahren Plakat zur Ausstellung – 100 Jahre Nationale Revolution 1918–1922 – in Kiew 2018



Polnisches Plakat zu einer Konferenz über die Verteidigung von Lemberg 1920 im Nationalmuseum von Warschau. August 2020 Quelle, MN w Warszawie promocja pl.



Polnische Schüler und Gymnasiasten als Verteidiger der Stadt Lemberg im November 1918: Fotoquelle: Gazeta Lwowska 1.11. 2018.

Heldenverehrung



Sowjetisches Denkmal der 1. Roten Reiterarmee von 1975 bei Olesko auf dem Schlachtfeld von 1920 Quelle, KUL Lublin August 2013.



Sowjetisches Taczanka-Denkmal der 1. Roten Reiterarmee bei Cherson in der Ukraine Quelle, Lozova-Lviv Tourist u.a. 2012.

Hanno Schult: »Vor 100 Jahren: »Der Friedensvertrag von Riga im März 1921 und der politische Status von Ostgalizien in der Zweiten Polnischen Republik 1921 – 1939«.

Bisher konnten Sie lesen: – **Folge 1** (= »Einführung zum Gesamtartikel: Der Friedensvertrag von Riga im März 1921...«) in *Blickpunkt Galizien 1/2021* – **Folge 2** (= Teil 1.1 des gesamten Artikels) in Heft 2/21 – **Folge 3** (= Teil 1.2 und 1.3) in Heft 3/21. – Lesen Sie heute **Folge 4:** (= Teil 2 des Gesamtartikels)

Teil 2: »Autonomie, Föderation, Integration oder Assimilation? Der offene politische Status von Ostgalizien im polnischen Nationalitätenstaat nach dem Frieden von Riga bis zur Gründung der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1921 – 1929«

Als am 18. Oktober 1920 der Waffenstillstand zwischen Polen und Sowjetrußland in Riga als Vorfrieden den polnischen Herrschaftsanspruch über Ostgalizien formell bestätigte, stand der junge polnische Staat vor gewaltigen Herausforderungen zur Integration dieses multi-ethnischen Landes in seine neuen staatlichen Strukturen. Es galt, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung mit juristischer Exekutivgewalt auf den verschiedenen administrativen Verwaltungsebenen.
2. Sicherung der öffentlichen Ordnung und der Ostgalizien umspannenden Staatsgrenzen insbesondere zu Sowjetrußland. (mit Grenzschutz, Zoll, Polizei- und Armeeeinheiten)
3. Der Aufbau einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur und der Wirtschaft des durch 6 Jahre Krieg zerstörten Landes.
4. Integration der nationalen Minderheiten nach den Vorgaben des Minderheitenschutzvertrages vom 28. Juni 1919 (kleiner Versailler Vertrag), Durchführung einer Volkszählung zur Feststellung der steuerpflichtigen Köpfe und der nationalen Volkszugehörigkeit.
5. Neuordnung der konfessionellen Verhältnisse im Land und Reform des Schul- und Bildungswesens.(1)

Grundlagen der administrativen Verwaltung in Ostgalizien

Zur Gewährung politischer, kultureller, wirtschaftlicher und nationaler Autonomie waren vordringlich Fragen der Selbstverwaltung auf Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Landesebene zu klären sowie die Möglichkeiten zur Einflussnahme der gewählten politischen Vertretung auf lokaler sowie auf der staatlichen demokratisch-parlamentarischen Ebene. Im Gegensatz zum ehemaligen russischen Teilungsgebiet in Westweißrußland und Wolhynien, wo der polnische Ministerrat mit Beschluss vom 27. November 1920 die provisorische Militärverwaltung im Front- und Etappengebiet aufgehoben hatte, existierten in Ostgalizien schon funktionierende Selbstverwaltungsstrukturen aus der Zeit der Zugehörigkeit des Landes zum Kaisertum Österreich und zur k.u.k.-Monarchie. Dies war in zahlreichen Rechtsakten wie der Gemeindeordnung von 1862 und dem Gemeindegesetz von 1863 festgelegt worden. Ein weiterer wichtiger Rechtsakt war das Gesetz des galizischen Landtages vom 12. August 1866 zur Gemeindegliederung und Repräsentation auf Kreisebene für das Königreich Galizien und Lodomerien. Als Gemeinden galten jeweils die Dörfer, Siedlungen, Städtchen und Städte.(2)

Gleichzeitig zum Gesetz der Gemeindegliederung wurde auch ein Gesetz zur Selbstverwaltung auf Kreisebene erlassen. Politisch bedeutsam wurden aber für die vielen Minderheiten in Galizien erst die Gesetze zur örtlichen Selbstverwaltung vom 13.03.1889 und 03.07.1896. Die gewählten wahlberechtigten Wahlmänner waren dann die politischen Repräsentanten der verschiedenen Volksgruppen im galizischen Landtag und auf oberster staatlicher Ebene

auch im Wiener Parlament.(3) Diese Autonomie unter der Herrschaftsprämisse der Habsburger »Divide et Impera« hat dem ruthenischen (ukrainischen) Volk politisch, kulturell-sprachlich, konfessionell sowie im wirtschaftlichen Leben einen gewaltigen Vorschub geleistet.(4) Mit Rücksicht auf die Entscheidung des Alliierten Obersten Rates vom 21.11.1919 zur Autonomie Ostgaliziens beschloss der polnische Sejm im September 1922, für die drei neuen polnischen Wojewodschaften Lemberg (Lwow), Tarnopol und Stanislawow (Stanislaw) einen Sonderstatus für das Gebiet des ehemaligen Ostgalizien einzuführen, in dem die Selbstverwaltung in Fragen von Kultur, Verkehr, Wirtschaft, öffentlichen Finanzen sowie Gesundheits- und Sozialfürsorge der Selbstverwaltung der Wojewodschaften überlassen blieb. Sie konnten auch Gesetze in diesen Bereichen erlassen und entscheiden, in welcher Sprache Gesetze erlassen wurden sowie welche Sprache vor Gericht zugelassen wurde. Da jedoch die administrative Verwaltung auf Wojewodschaftsebene in polnischer Hand war, konnte von einer sprachlich-kulturellen Autonomie der Ukrainer nicht mehr die Rede sein. Die drei neuen Wojewodschaften entstanden per Gesetz des polnischen Sejms vom 3. Dezember 1920 und traten zum 23. Dezember 1920 auch in Kraft.(5) In der Wojewodschaft Lemberg (Lwow) wurden 28 politische Kreise gebildet, in den Wojewodschaften Tarnopol 17 und Stanislawow (Stanislaw) 16.(6)

Auch die erste Volkszählung des polnischen Staates vom 30. September 1921 ergab mit 3 898 428 Ukrainern* 15,17 % der Gesamtbevölkerung von 25 697 700 Einwohnern noch kein zuverlässiges Bild von der nationalen Zugehörigkeit, denn die Kriterien der nationalen Identität wie z.B. die Sprache (Muttersprache und Umgangssprache) wurde hier subjektiv falsch gleichgesetzt mit Nationalität.(7) Selbst der umgangssprachliche Terminus von Ostgalizien, der seit 1850 benutzt worden war, wurde dann in den offiziellen polnischen Amtsblättern und Statistiken oft durch den politischen Terminus von Malopolska Wschodnia (östliches Kleinpolen) ersetzt, was nicht nur bei dem einheimischen polnischen Grundadel und dem Bürgertum auf wenig Verständnis stieß, die über einen ausgesprochen stolzen galizischen Lokalpatriotismus verfügten.(8)

Die polnische Politik gegenüber den Ukrainern 1921 – 1929 in Ostgalizien

Die Emanzipation und das nationale Selbstbewusstsein der Ruthenen (Ukrainer) sowie die Entstehung einer geistig intellektuellen Elite führten dann gegen Ende des XIX. Jahrhunderts zu vermehrten Spannungen mit der politisch-ökonomischen Herrschaft der Grundbesitzenden polnischen Klasse, an denen die Nationalitätenpolitik der Habsburger nicht ganz unschuldig gewesen ist. Zum ruthenisch-polnischen Antagonismus in Ostgalizien nach dem Bauernaufstand von 1847, der sich zu einem sozialen, sprachlich – kulturellen, sowie national – konfessionellen Konflikt ausweitete, schrieb Theodor von Sosnosky schon 1912: »Dieses Aufstandes hätte die

Regierung eingedenk sein sollen, bevor sie den Polen die Landes-Autonomie zugestand und ihnen damit die Ruthenen mit gebundenen Händen auslieferte. Dass sie das getan hat, ist von ihr undankbar gewesen, denn die Ruthenen haben im Jahre 1848** im Gegensatz zu den revolutionären Polen treu zu Kaiser und Reich gehalten. Es war die alte zwar nie bewährte aber stets geübte Praxis der österreichischen Regierung, die Frondeure*** zu bevorzugen und die Getreuen zurückzusetzen. Ein drastisches Beispiel für den Erfahrungssatz, dass die lautesten Freiheitshelden dort, wo sie die Herrn, auch meist die ärgsten Tyrannen sind...«.(9)

Mit diesem Erbe der Habsburger Monarchie musste sich auch die neue (oft praktisch die alte) Verwaltung der Polen in den 3 neuen südostpolnischen Wojewodschaften auseinandersetzen. Denn die polnische Regierung war im internationalen Kontext durch den Minderheiten-Schutzvertrag vom 28. Juni 1919 allen Staatsbürgern gegenüber verpflichtet, ihnen unabhängig von Sprache und Religion gleiche staatsbürgerliche Rechte einzuräumen. Darüber hinaus schlägt sich der autonome Sonderstatus des ehemaligen Ostgalizien auch in den Artikeln 95, 96 und 109 der polnischen Verfassung vom 17. März 1921 nieder, in dem den Ukrainern als größter nationaler Minderheit im polnischen Nationalstaat (eigentlich Nationalitätenstaat) volle Gleichheit vor dem Gesetz, volle Freiheit der Sprach- und Religionsausübung sowie Schul- und Kulturautonomie zugesichert wurde. Und darüber hinaus auch freier Zugang zu öffentlichen Ämtern sowie Freiheit der Berufswahl insbesondere bei freien Berufen.(10)

Das Gesetz des polnischen Sejms vom 26. September 1922 sah eigentlich eine doppelte nationale Selbstverwaltung (ukrainisch und polnisch) in den Landtagen und der Verwaltung der 3 südostpolnischen Wojewodschaften vor und dies in den Bereichen Schulwesen, Wissenschaft, Religion, Bauwesen, Landwirtschaft, Industrie und Handel. Darüber hinaus verpflichtete das Gesetz auch zur Schaffung einer ukrainischen Universität aus Mitteln des polnischen Staates. Und es war genau diese Frage, die später – nicht realisiert – zu einer extremen politischen Radikalisierung der akademischen ukrainischen Jugend nach 1929 führen sollte.(11)

Eine Wende in der polnischen Politik zum politischen Status Ostgaliziens brachte dann die Entscheidung des Botschafterrates der Entente vom **15. März 1923**, in der Polen die volle staatliche Souveränität über Ostgalizien einschließlich der Staatsgrenzen zugesichert wurde. Dieses war für den polnischen Staat eine gewisse Garantie und Schutz vor separatistischen ukrainischen Tendenzen, denn die Separatisten wurden nach dem Beschluss der Botschafterkonferenz 1923 von der UdSSR, Deutschland, Litauen und der Tschechoslowakei auch in eigenem politischen Interesse mit Geld, Waffen, Agenten sowie Propagandamaterial unterstützt.(12) Wie prekär die Sicherheitslage in Ostgalizien auch nach dem Rigaer Frieden vom März 1921 gewesen ist, zeigen die militanten Aktionen der 1921 gegründeten Ukrainischen Militärorganisation (ukr.: UWO) vor den Wahlen zum polnischen Sejm 1922, wo allein 2300 Brandanschläge auf polnische Gehöfte und administrative Gebäude sowie 38 Anschläge auf die Eisenbahninfrastruktur verübt wurden. Die polnische Armee und Polizei brachten die Lage nur mit Mühe unter Kontrolle.(13) Die Politik der polnischen Parteien, Gruppierungen und Lager in der Frage der ukrainischen Autonomie war vor Pilsudskis »Mai-Umsturz 1926« in höchstem Maße differenziert und uneinheitlich. Der Verband der sozialistischen Abgeordneten im polnischen Sejm brachte noch im September 1922 einen Gesetzesvorschlag im Parlament ein zur vollen staatlichen Autonomie Ostgaliziens im Rahmen einer Förderaktion mit dem polni-

schen Staat. Dieses Konzept wurde anfangs auch von den polnischen Volksparteien und den Politikern Wincenty Witos und Tadeusz Holowko unterstützt, die erkannten, dass die Radikalisierung der ukrainischen Parteien in Ostgalizien und Wolhynien in starkem Maße mit der sozialen Frage und der Bodenreform verknüpft gewesen ist. Hier fiel auch die bolschewistische Propaganda von jenseits der Ostgrenze auf fruchtbaren Boden.(14) Ganz radikal waren in der Frage der ukrainischen Autonomie die polnischen Nationaldemokraten mit Roman Dmowski an der Spitze, die sogar das Vorhandensein einer ukrainischen Nation leugneten und mit Hilfe der polnischen Zivilisation, Religion, Kultur und Sprache eine volle Assimilation der Rusinen**** im polnischen Staat anstrebten. Andere Nationaldemokraten wie Bogdan Winiarski versuchten sogar zu beweisen, dass es sich bei den Ukrainern eigentlich um assimilierte und ruthenisierte Polen handelte, deren verschüttete »echte polnische Wurzeln« eigentlich nur wieder freigelegt werden müssten.(15) Neben der sozialen Frage war die Frage der ukrainischen Sprachenautonomie vor Gericht und die Frage der Schulsprache sowie an den höheren Lehranstalten das wichtigste Problem in Ostgalizien im Kontext von Integration und Assimilation sowie politisch-kultureller Autonomie. Eine ganze Reihe ukrainischer Lehrkanzeln an der Lemberger Universität wurden von der polnischen Regierung liquidiert, und das ukrainische Volksschulwesen in Galizien und in den ukrainischen Gebieten des ehemaligen russischen Imperiums wurde von der polnischen Verwaltung auf administrativen Wege langsam und gründlich abgeschafft und durch ultranationalistische oder rein polnische Schulen ersetzt.(16)

Die Anzahl der ukrainischen Studenten z.B. an polnischen Hochschulen lag für den Zeitraum 1919–1939 bei höchstens 5% im Durchschnitt eines Semesterzeitraumes.(17) Das polnische Schulgesetz vom 31. Juli 1924 und seine Umsetzung war dann auch permanent Gegenstand von Klagen und Appellen der ukrainisch-galizischen Exilregierung unter der Leitung des letzten Präsidenten der Westukrainischen Volksrepublik Galizien Jewhen Petruszewicz vor dem Völkerbund in Genf. Eine internationale Bedeutung bekam die Ukrainische Frage in Ostgalizien besonders auch durch eine massenhafte politische und wirtschaftliche Emigration der ukrainischen Bevölkerung innerhalb von Europa und nach Übersee (USA, Kanada, Argentinien, Brasilien) in den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts. Diese äußeren und inneren Faktoren des nationalen Spannungsfeldes Ostgalizien, sowie das ukrainische Parteienspektrum in dieser Zeit, werden dann im nächsten Artikel weiter ausführlicher beschrieben.

*Eine Übersicht der verwendeten Sekundärliteratur als Quellen sowie der Übersetzungen fremdsprachiger Forschungsarbeiten befindet sich als Anhang und Abschluss am Ende der Artikelserie.

Anmerkungen:

- * Im Fragebogen der Volkszählung als Angehörige rusinischer Nationalität und Sprache bezeichnet
- ** Das Jahr der europäischen Revolutionen, auch nationaler Völkerfrühling in der Geschichtsschreibung genannt
- *** Frondeure, hier sind die revolutionären Polen der Jahre 1848/1849 gemeint
- **** Rusinen von der polnischen Nationaldemokratie verwendeter Terminus für die Ukrainer (Ruthenen) in der Zweiten Polnischen Republik 1918–1939

Verwendete Sekundärquellen:

- (1) Johannes Ahlers »**Polen ,Volk, Staat, Politik und Wirtschaft**«, Berlin 1935 siehe Kapitel: »Die Nichtpolen, Ukrainer« S.47–50
- (2) Redakcja Naukowa Z. Karpus, W. Rezmer, E. Wiszka »**Polska i Ukraina, Sojusz 1920 roku i jego następstwa, Materiały z konferencji naukowej**«, Torun 1997 siehe Beitrag von Henryk Nowicki »Samorząd terytorialny w okresie drugiej Rzeczypospolitej na kresach wschodnich« S.464–470

- (3) siehe Beitrag von H. Nowicki »Samorząd terytorialne ...« S.465
- (4) siehe Beitrag von H. Nowicki »Samorząd terytorialne ...« S.465
- (5) Stanisław Ciesielski« **Przemiany Narodowościowe na kresach wschodnich – II. Rzeczypospolitej 1931–1948**«, Torun 2004 S.94
- (6) siehe S. Ciesielski »Przemiany Narodowościowe...« S.94–95
- (7) siehe S. Ciesielski »Przemiany Narodowościowe...« S.97
- (8) siehe S. Ciesielski »Przemiany Narodowościowe ...« S.94
- (9) Theodor von Sosnosky »**Die Politik im Habsburgerreiche, Randglossen zur Zeitgeschichte**«, Erster Band Berlin 1912 S.274–276
- (10) Karol Grünberg, Bolesław Sprenkel »**Trudne Sasiedzwo, Stosunki polsko – ukraiński w X – XX. wieku**«, Warszawa 2005 S.322–323
- (11) siehe K. Grünberg, Bolesław Sprenkel »Trudne Sasiedzwo...« S.324
- (12) siehe K. Grünberg, Bolesław Sprenkel »Trudne Sasiedzwo...« S.325
- (13) siehe K. Grünberg, Bolesław Sprenkel »Trudne Sasiedzwo...« S.325

- (14) siehe K. Grünberg, Bolesław Sprenkel »Trudne Sasiedzwo...« S.330–337
- (15) siehe K. Grünberg, Bolesław Sprenkel »Trudne Sasiedzwo...« S.330–337
- (16) Prof. Dr. Mirtschuk (Hrg.) »**Handbuch der Ukraine, Im Auftrage des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin**«, Leipzig 1941 S.143
- (17) A. Chojnowski »**Ukraina**«, Warszawa 1997 S.77

Korrektur / Nachtrag: Bei den Angaben in der letzten Folge wurde die Fundstelle 10 »verschluckt« Bitte tragen Sie diese nach: (10) siehe Klimeckie »Polsko – Ukrainka wojna...«, S.139. – Außerdem hatten wir – um Platz einzusparen – wenn die Angabe sich auf dieselbe Fundstelle bezog wie zuvor, deren Titel wie allgem. üblich durch ein »ebd.« (= ebendort) ersetzt und dies durch Halbfett-Druck hervorgehoben. Dies entfiel im gedruckten Heft, sodass man die Angabe leicht übersehen konnte. Es handelt sich um die Nr. 7-11-14. Wir bitten Autor und Leser um Nachsicht!

Zu den Abbildungen:

I. Betrachten Sie zunächst grundlegend die 3 kartographischen landeskundlichen Abbildungen auf der Farbseite 10

II. Internationale Verflechtung: Der französische Einfluss im polnisch-ukrainischen Konflikt in der aktuellen Erinnerungskultur

Beispiel für die internationale Dimension des polnisch-ukrainischen Kampfes um Ostgalizien 1819–19 in der Erinnerungskultur, Foto: Hanno Schult Mai 2008. →



Lemberg
Lyczakowski-Friedhof
Gedenkstätte für die in
den Reihen der polnischen
Armee gefallenen
französischen Soldaten,
Offiziere und Instrukteure
1918-1921

III. Markante Führungspersönlichkeiten des ukrainischen Nationalbewusstseins: Jewhen Konowalec → und Stepan Bandera (Denkmal rechts)

Der Mitbegründer der ukrainischen Militärorganisation (UWO) Jewhen Konowalec 1938 in Rotterdam vom sowjet. Geheimdienst ermordet, Quelle: Foto aus dem Hetman Museum in Kiew von 1935. →



Denkmal des Führers der ukrainischen Nationalisten (OUN) Stepan Bandera in Lemberg (Lviv), Foto: Hanno Schult Mai 2008.

IV. Der Grundkonflikt: Nationalstaat oder Nationalitätenstaat

IV a) Konfliktherd Nr. 1: Das Ukrainische Nationalbewusstsein



Durch Ukrainer zerstörtes polnisches Wahllokal in Stryj 1922, Quelle: Foto aus dem Stadtmuseum in Stryj 2014.



Ganz links Flügel des polnischen Polizeigefängnisses und der Polizeikommandantur 1919–1939 in Lemberg (ul. Lacki), Foto: Hanno Schult Mai 2008.



Ort der umkämpften polnisch-ukrainischen Erinnerungskultur in Lemberg ist der Lyczakowski Friedhof, Foto: Hanno Schult Mai 2008, hier die ukrainische Gedenkstätte mit dem »Dreizack«.



Das »Nationale Haus« der Ukrainer in Lemberg war auch zwischen 1919 und 1939 politischer Sammelpunkt ihrer Parteien und Organisationen, Foto: Hanno Schult Mai 2018.

IV b) Weitere Konfliktherde: Das Erbe der kuk-Monarchie

Dazu gehörten vor allem der bedeutende Einfluss des Judentums, aber auch Minoritäten wie z.B. die Galizien-Deutschen

Das Kronprinz-Rudolf Gymnasium in Brody, Symbol des toleranten Bildungsideales unter der Habsburgerherrschaft im multiethnischen Ostgalizien (Foto: Hanno Schult Mai 2008) und...



... ihr wohl berühmtester Schüler: Der Galizier jüdischer Provenienz Joseph Roth 1884–1939 beschrieb in seiner »Reise nach Galizien« den Machtwechsel in Ostgalizien nach 1921 auch literarisch. Quelle: Archiv world-of-books-literature.



Wie sich die Bilder gleichen: (1): Impressionen aus dem ehemaligen jüdischen Viertel (Stedtl) der einst multiethnischen Stadt Lemberg, Foto: Hanno Schult Mai 2018

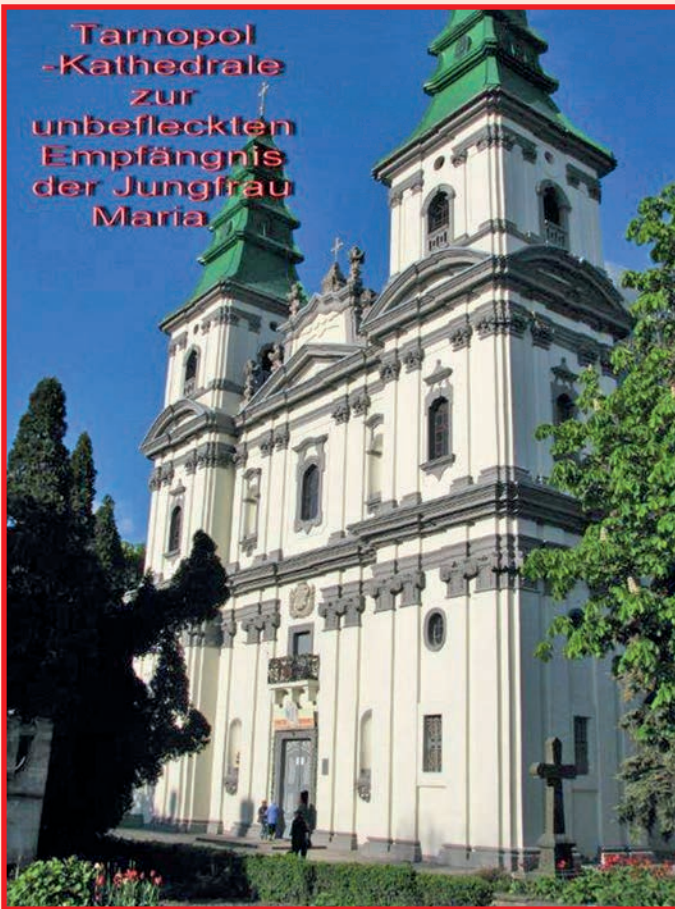


Wie sich die Bilder gleichen: (2): »Wartburg« Schülerheim in der deutschen Kolonie Knihinin in Stanislaw um 1930 (oben für die älteren Gymnasialklassen, Mitte für Vikare des Pfarramtes, unten für Lehrlinge der Anstalten). – Ansicht rechts: 2010: das alte Gebäude entwidmet und teilrenoviert

**IV c) Konflikttherd Nr. 3:
Der konfessionelle Antagonismus**



Ukrainische griechisch-katholische Schrotholzkirche bei Kalusz in Ostgalizien, Foto: Hanno Schult Mai 2008.



Beispiel für die Umwandlung griechisch-orthodoxer Kirchen in katholische Gotteshäuser in Polen 1922 ist diese Kirche in der Wojewodschaftshauptstadt Tarnopol. Heute griechisch-katholisch, Foto: Hanno Schult Mai 2008.



Die Zitadelle von Zbaraz bei Tarnopol seit 1649 Ort der umkämpften polnisch-ukrainischen Erinnerungskultur in Ostgalizien und der Ukraine, Foto: Hanno Schult Mai 2008

I. Veranschaulichung durch Landkarten zu s. 8

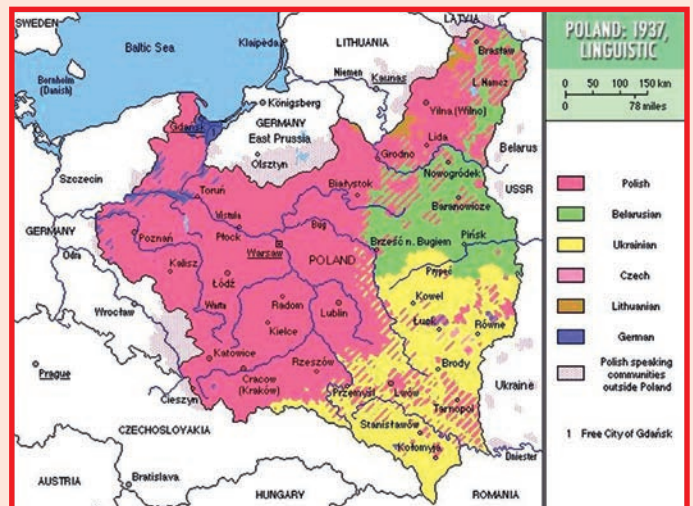
a) Regionale Neugliederung: die Verwaltungseinheiten



Die Wojewodschaften als administrative Verwaltungseinheiten in der Zweiten Polnischen Republik 1930, Quelle: polnische Schulwandkarte von 2017 z Ministerstwa Edukacji.



b) Nationalitätenkarte in der Zweiten polnischen Republik 1931, gelb markiert die Siedlungsräume der Ukrainer, Quelle: Edukacyjne portal historyczne.pl.



c) Polnische Sprachenkarte von 1937 der polnischen Polonia in Kanada für Schulzwecke 2010, Quelle: Polish History Education Center, Alberta.

Hanno Schult: »Vor 100 Jahren: »Der Friedensvertrag von Riga im März 1921 und der politische Status von Ostgalizien in der Zweiten Polnischen Republik 1921 – 1939«.

Bisher konnten Sie lesen: – **Folge 1** (= »Einführung zum Gesamtartikel: Der Friedensvertrag von Riga im März 1921...«) in *Blickpunkt Galizien* 1/2021 – **Folge 2** (= Teil 1.1 des gesamten Artikels) in Heft 2/21 – **Folge 3** (= Teil 1.2 und 1.3) in Heft 3/21. – **Folge 4** (= Teil 2 des Gesamtartikels) in Heft 4/2021 – **Lesen Sie heute Folge 5** (= Teil 3.1 des Gesamtartikels)

Teil 3: »Die Ukrainische Frage in Ostgalizien als politischer Sprengstoff für den Bestand des polnischen Staates im Kontext sich wandelnder internationaler Kräfteverhältnisse in Europa 1929 – 1939. – Die Zeit gescheiterter Integration und politischer Radikalisierung«

Teil 3.1: Der Zeitraum 1922 – 1929:

Die Vorgeschichte der Radikalisierung

Die ukrainischen politischen Organisationen in Ostgalizien nach der völkerrechtlichen Übertragung des Gebietes an die Zweite polnische Republik, spielten auch nach 1923 eine besondere Rolle beim Kampf der Ukrainer um die nationale Selbstbehauptung in einem Staat, mit dem sie sich zwangsweise gegen ihren Willen arrangieren mussten. Dabei zerfielen die Organisationen der Ukrainer in Abhängigkeit vom politischen Programm in zwei Lager: Zum einen die Sammlungsbewegung (ukr. Sobornicy), die alle Ukrainer in Polen, der UdSSR, der Tschechoslowakei und Rumänien im Kampf um die Unabhängigkeit vereinigen wollte. Und zum anderen die Unabhängigkeitsbewegung (ukr. Samostijna) mit dem Ziel der völligen Unabhängigkeit mit Ostgalizien als Kernpunkt eines ukrainischen Piemonts.(23 S.344*) Die Mehrheit unter beiden politischen Lagern wählte bis 1929 die legale Methode einer Interessenvertretung im pluralistischen Rahmen der parlamentarischen Regierungsform in Polen. Die wichtigste politische Interessenvertretung der Ukrainer im polnischen Parteienleben war die 1925 gegründete Nationaldemokratische Ukrainische Vereinigung (UNDO), die in einer organischen Arbeit im politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich den Boden für eine spätere Unabhängigkeit vorbereiten sollte.(23 S.408*) Die UNDO grenzte sich von den radikalen terroristischen Methoden der Ukrainischen Wehrorganisation (UWO) unter Jewhen Konowalez ab, nutzte diese aber trotzdem auch für eigene Spionagetätigkeit. Die soziale Frage und die Gründung der Kommunistischen Partei der Westukraine während des russisch-polnischen Krieges 1920 führte darüber hinaus zu einer verdeckten dauerhaften Einflussnahme der UdSSR auf den Status von Ostgalizien nach dem Frieden von Riga 1921 mit Hilfe der von Moskau aus agierenden »Komintern«. (Kommunistische Internationale). Wie stark der Widerstand der Ukrainer in Ostgalizien noch nach dem Ende des russisch-polnischen Krieges in Ostgalizien gewesen ist, beweisen die geringe Wahlbeteiligung bei den polnischen Wahlen zum Sejm 1922 (die geringste Wahlbeteiligung im gesamten polnischen Staatsgebiet) und die Einführung des Kriegsrechtes am 3.August 1922.(23 S.325*) Dem Terror der Ukrainischen Wehrorganisation (UWO) und des Ukrainischen Landesstudentenrates fielen auch zahlreiche ukrainische Politiker und Intellektuelle zum Opfer, die z.B. für den polnischen Sejm in diesem Zeitraum kandidierten. Zahlreich waren auch die Bombenattentate auf den ukrainischen Volksbildungsverein PROSWITA und die Gebäude der ukrainischen wissenschaftlichen »Schewtschenko – Gesellschaft« in Lemberg in diesem Zeitraum.(23 S.427*) Ab 1925 nach der Konsolidierung der parlamentarischen ukrainischen Interessenvertretungen im polnischen Parlament (Sejm) und dem Senat nutzten viele ukrainische Parlamentarier ihre parlamentarische Immunität zur Interessenvertretung auch auf internati-

onaler Bühne wie z.B. beim interalliierten Botschaftsrat und dem Völkerbund in Genf. Hier übten sie in der Interparlamentarischen Union und im Kongress der Minderheiten einen starken Einfluss aus. Neben der Akzeptanz des neuen politischen Status Quo in Ostgalizien fand aber nach 1923 eine weitere Radikalisierung der illegalen ukrainischen Parteien statt, wie das gescheiterte Attentat auf den polnischen Staatspräsidenten Stanislaw Wojcechowski vom 5.September 1924 durch den ukrainischen Studenten Teofil Olszanski es dann auch beispielhaft bewies.(23 S.360*)

Das öffentliche Leben der Ukrainer in Ostgalizien im Rahmen des neuen polnischen Staates ab dem Jahre 1919

Das politische Leben der Ukrainer in Ostgalizien verlagert sich dann in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts in andere Bereiche, wie die **Wirtschaft** und das **Genossenschaftswesen**, die **Volksbildung** und **Kultur** sowie in das **konfessionelle Leben**.

Wirtschaft: Für Ostgalizien charakteristisch war die agrarische Überbevölkerung, die auch in der Volkszählung von 1931 ihren Niederschlag fand und aus der hervorging, in welchen Bereichen die Ukrainer beschäftigt waren, nämlich Landwirtschaft 81,8 %, Bergbau und Industrie 6,4 %, Handel und Verkehr 2,7% sowie andere Einkommensbereiche 9,1 %. So war dann auch das ukrainische Genossenschaftswesen in Ostgalizien besonders stark entwickelt, wo der ukrainischen Genossenschaftszentrale 3013 Genossenschaften mit 541.508 Mitgliedern unterstanden.(10 S.145*)

Der sprichwörtliche Landhunger des ukrainischen Bauern konnte auch durch ein gut entwickeltes genossenschaftliches Kreditwesen nicht gestillt werden, denn der Ertrag der kleinbäuerlichen Wirtschaften war hier für die Kapitalbildung zum Landerwerb zu gering. Dieser (der ukrainische Bauer) war dann auch nicht zufällig häufig offen für kommunistische und sozialistische Ideen von jenseits der ostgalizischen Grenzen und der radikal eingestellten politischen ukrainischen Emigration.

Volksbildung und Kultur: Auf das engste verbunden mit der Bildungs- und Kulturautonomie der Ukrainer war die Sprachenfrage. Nach dem polnischen Sprachengesetz vom 31.Juli 1924 für die von Ukrainern bewohnten Wojewodschaften fühlten sich die Ukrainer zu recht im Gebrauch ihrer Muttersprache diskriminiert. Und dies betraf nicht nur das Volksschulwesen, sondern auch die höheren Lehranstalten wie das Fehlen einer ukrainischen Universität in Lwow und die Diskriminierung der ukrainischen Sprache an der polnischen »Universität Jan Kazimierz« in Lwow (Lemberg) selber. Trotzdem nahm das ukrainische Bildungswesen unter den Volksbildungsvereinen PROSWITA und RIDNA SKOLA einen gemäßigten Verlauf, denn die Bekämpfung des weitverbreiteten Analphabetentums in Ostgalizien machte in den zwanzig Jahren der polnischen Herrschaft nur sehr langsa-

me Fortschritte. So betrug der Anteil der Analphabeten 1931 in der Wojewodschaft Lwow 27,9 %, der Wojewodschaft Tarnopol 32,1 % sowie in der Wojewodschaft Stanislawow (Stanislaw) noch 41,1 %.(23 S.366–368 und 371*) Und in allen 3 Wojewodschaften überwog der ukrainische Bevölkerungsanteil bei weitem den aller anderen Nationalitäten! Nach der Kündigung des Minderheitenschutzvertrages 1934 durch die polnische Regierung gab es in Ostgalizien 1935 noch 31 ukrainische Mittelschulen und 5 ergänzende Fachschulen sowie 30 Volksschulen, hauptsächlich in den Städten. Und der Verein PROSWITA umfasste 1938 etwa 500.000 Mitglieder in 84 Filialen und 3208 Lesehallen, er betrieb darüber hinaus 2065 Liebhabertheater und 1105 Chöre.(10 S.144–145*) Das ukrainische Pressewesen war im 1922 gegründeten Pressekonzern »Prasa Ukrainska« eingebunden und die wichtigste ukrainische Tageszeitung »Dilo« (Sache) sowie das politische Wochenblatt »Swoboda« (Freiheit) erreichten Anfang der dreißiger Jahre Auflagen von über 100.000 Stück. Darüber hinaus existierten zahlreiche ukrainische Zeitschriften zur Literatur; Theater, Kino und zur Bildenden Kunst wie die Tageszeitung »Ridnij Kraj«. (Vaterland) (23 S.371*)

Religion und konfessionelles Leben: Ungefähr 60 % der in der Zweiten Polnischen Republik lebenden Ukrainer bekannten sich zum griechisch-katholischen Glauben, 39 % zum orthodoxen Glauben (Rechtgläubige), hier vor allem in Wolhynien und im Gebiet der südlichen Polessje – Region (ehemaliges russisches Teilungsgebiet) sowie 1 % zu anderen Glaubensrichtungen. Das Bestreben der in Ostgalizien dominierenden griechisch-katholischen Ukrainer ging in der Zwischenkriegszeit in folgende Richtungen und Zielsetzungen:

1. Der unierten Kirche einen nationalen Charakter als ukrainische Nationalkirche zu verleihen
2. Verbesserung der politischen – und Allgemeinbildung des Klerus
3. Beilegung des Streites der Zugehörigkeit der unierten Kirche zum westlichen oder östlichen Kulturkreis und die damit verbundene Orientierung zur Identität der Gläubigen
4. Verbesserung des formalen Rechtsstatus der griechisch-katholischen Kirche im polnischen Staat und Erweiterung der Kompetenzen in weltlichen Fragen
5. Stärkung der gesellschaftlichen Aktivitäten der Geistlichkeit im materiellen und immateriellen Bereich.

Der Rechtsstatus der unierten – griechisch-katholischen Kirche war in den polnischen Verfassungen von 1919 und 1935 sowie im Konkordat mit dem Heiligen Stuhl 1925 geregelt worden. Es gab im polnischen Staat formalrechtlich nur eine unierte Provinz mit den Diözesen in Przemysl und Stanislawowo (Stanislaw) sowie dem Erzbistum in Lwow (Lemberg) mit dem Metropoliten Andrzej Graf Szeptycki an der Spitze. Er war bis 1944 die wichtigste moralische Instanz und Oberhaupt der wichtigsten Institution zur Bewahrung einer lokalen galizisch-ukrainischen nationalen Identität. Die Zugehörigkeit der unierten Kirche zum lateinischen Rom erleichterte es der Konferenz des polnischen Episkopates über die Entscheidung zur Sprachenregelung bei Messen und Gottesdiensten die Polonisierung der griechisch-katholischen Ukrainer voranzutreiben. Trotzdem entwickelte sich die unierte Kirche in der Zwischenkriegszeit zu einer echten ukrainischen Nationalkirche, in der das ukrainische gesellschaftliche Leben auf allen Gebieten gefördert wurde und auch Schutz fand vor polnischen Tendenzen der Entnationalisierung und Polonisierung.(23 S.373-480*)

Anmerkung der Redaktion zum sog. Ukrainischen Protestantismus:

Auf Grund des begrenzten Rahmens der Artikelserie konnten die anderen multiethnischen politisch-konfessionellen Spannungen in Ostgalizien im Zeitraum zwischen den Weltkriegen nicht berücksichtigt werden. Dies betrifft insbesondere auch das Verhältnis der jüdischen, deutschen und armenischen Minderheit zum polnischen Staat. Im internationalen Kontext war der polnisch-ukrainische Dualismus in Ostgalizien der dominierende Faktor.

Auf Bitten der Redaktion soll an dieser Stelle jedoch hingewiesen werden auf eine in den 20-er und 30-er Jahren unter Ukrainern in Ostgalizien geradezu sprunghaft aufkommende Bewegung des sog. **Ukrainischen Protestantismus**. Diese hat nämlich für die Galiziendeutschen, insbesondere deren Evangelische Kirche A.u.H.B. (augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses) eine bedeutende Rolle gespielt. Da weder den polnischen noch den ukrainischen Autoritäten im neuen polnischen Staat an einer religiösen Abspaltung (weder von der Römischen noch von der Griechisch-Katholischen Kirche) gelegen sein konnte und sie beide diese Bewegung im Keim ersticken wollten, wandten deren Vertreter sich an den Führer der galiziendeutschen Protestanten, Superintendent D.Theodor Zöckler in Stanislaw mit der Bitte, auch für sie das geistliche Aufsichtsamt zu übernehmen. Es kam zu einer überraschenden Glaubensallianz zwischen den galiziendeutschen und diesen ukrainischen Protestanten, deren Aufblühen sowie abruptes Ende 1939/40 durch den Einmarsch der Roten Armee in Ostgalizien den Leser/innen dieses Blattes von Januar – Juli 2014 in einer Artikelserie durch Zöcklers ältesten Enkelsohn Erasmus nahe gebracht wurde, zusammengefasst in dem Sonderheft »Der kurze Frühling des Ukrainischen Protestantismus« (Blickpunkt Galizien – Das heilige Band, Sonderheft 2015). Inzwischen hat Erasmus Zöckler seine Darstellung dieser Geschichte systematisch ausgeweitet und umfassend unter dem Titel »Theodor Zöckler und die ukrainische protestantische Bewegung« vorgelegt (**Erinnerung und Biographie der Deutschen aus Polen, Band 10, Hrsg. Freunde der Martin Opitz Bibliothek, Herne 2019, 218 S. mit zahlreichen historischen Fotos, ISBN 978-3-923371-47-1**). Er stützt sich dabei auf die vielfältigen Darstellungen dieser Allianz vor allem durch seinen Großvater und die galiziendeutschen Historiker Oskar Wagner, Hans Koch, Rudolf Wagner u.a. (s. Literaturverzeichnis, S.212-214). Die endgültige Vernichtung galizisch-ukrainischer Identität in den 50 Jahren der Sowjetherrschaft hat auch die galiziendeutschen Schriften dazu in Vergessenheit geraten lassen, aus der Erasmus Zöckler sie befreit hat. – **Zur Bewertung des Ukrainischen Protestantismus aus nicht-galiziendeutscher Sicht:** s. Bernd Krebs, *Nationale Identität und kirchliche Selbstbehauptung. Julius Bursche und die Auseinandersetzungen um Auftrag und Weg des Protestantismus in Polen 1917–1939. (Historisch-Theologische Studien zum 19. u. 20. Jhdt, 6. Neukirchen-Vluyn, 1993)*.

Vor diesem Hintergrund sollte der Mythos vom Alleinstellungsmerkmal »einer« ukrainischen Nationalkirche in Ostgalizien 1919-1939 hinterfragt werden. Die Suche der Ukrainer nach einer neuen nationalen Identität sollte differenzierter betrachtet werden und darf **nicht ausschließlich** auf die konfessionelle Bindung an die griechisch-katholische Kirche als Nationalkirche und Sammelpunkt der Ukrainer in Ostgalizien konzentriert werden.

(Hanno Schult / Christofer Zöckler)

Fortsetzung im nächsten Heft. Dort finden Sie auch das (*) Literaturverzeichnis, auf das sich jeweils das Zeichen (*) in diesem Heft bezieht.

Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (=OUN): Führende Köpfe, Opfer und heutige Nachfolge



Gründungsvater:
Jewhen Konowalez 1891–1938.
Mitbegründer der Ukrainischen
Wehrorganisation UWO und der
OUN: Er wurde 1938 in Rotter-
dam vom sowjetischen Agenten
P. Sudoplatow ermordet,
Quelle: Zeitschrift Swiatowid
Warszawa



Radikaler Denker:
Dmytro Doncow 1883–1973
geistiger und ideologischer Vater
des integrierten ukrainischen Nati-
onalismus und des Führerstaates,
Von ganz links kommend bewegte
er sich nach ganz rechts, dabei
mehrfach seine Position revidie-
rend, darüber mehr in Teil 3.2
Quelle: Ukrainian Canadian Con-
gress Edmonton



Opfer:
Der gemäßigte polnische Politiker
und Sozialist Tadeusz Holowki der
1931 im Kurort Truskawiec durch
eine Anhängerin der OUN ermor-
det wurde, Quelle: NAC 1-789 -7.



Nachwirkungen der OUN bis heute:

Denkmal des umstrittenen
Führers der OUN Stepan
Bandera in Lviv-Lemberg,
dem der Titel »Held der Ukraine«
2011 auch schon mal
aberkannt worden ist, Foto:
Hanno Schult Mai 2013.

Der Kampf als patriotische
Lebensform der OUN, symbolisiert
mit dem im Tryzub integrierten
Schwert, Quelle: Hetman Museum
in Kiew.



Der stürmische aber kurze, durch die Besetzung der Ukraine 1939 und 1941 zerschlagene Aufschwung der Ukrainischen Protestanten

*In vielen Dörfern wandten
sich ganze Familien von den
hierarchischen Strukturen
der orthodoxen Kirchen ab
und setzten ihre Hoffnung
auf das Evangelium, das
protestantische Prinzip
»sola scriptura« (»Allein
durch das Wort«). Hier
Pfarrer Jarczuk nach dem
Gottesdienst mit starker
Beteiligung auch der Kinder.*

Der Autor unserer Serie Hanno Schult ...

- 1.) als Gast eines Griechisch-Katholischen Gottesdienstes
- (2.) als Referent in der Villa Skupin/Berlin 2019

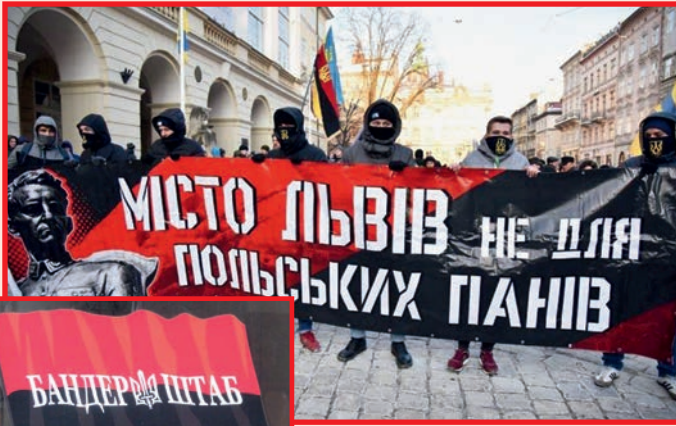


Der griechisch-katholische Glauben ist die nationale Klammer der
Ukrainer im ehemaligen Ostalzien, der Autor der Artikelserie bei ei-
ner konfessionellen Feier im ehemaligen Kaiserwald in Lemberg,
Foto Mai 2013.



Zwei Stützen ukrainisch-galizischer Identität: OUN und Griechisch-Katholische Kirche

I. In der Nachfolge der OUN: heutige Parteien und politische Gruppierungen



Fahne im Fenster: Rekrutierungsbüro der ukrainischen Nationalisten für die Freiwilligenbataillone im Donbass in Lviv, Foto: Hanno Schult Mai 2018.

Die langen Schatten der Vergangenheit, Demonstration der ukrainischen Nationalisten auf dem Ring in Lviv mit Transparent »Die Stadt Lviv nicht für die polnischen Pane«, Quelle: Tygodnikprzeglad pl. 11. März 2019.



Wandschmuck zum 90. Jahrestag der Gründung-Organisation Ukrainischer Nationalisten OUN 2019 und die Symbole des »permanenten Kampfes« als Ideologie, Quelle: Magazin Tiz Strij ua.

II: Die Griechisch-Katholische Kirche



Der unierte Metropolit Graf Andrzej Szeptycki (ganz rechts mit Hut) vor dem Abflug nach Rom 1937 auf dem Flughafen von Lwow, Quelle: Metropolitenarchiv an der Kathedrale Sw.Jura in Lviv.

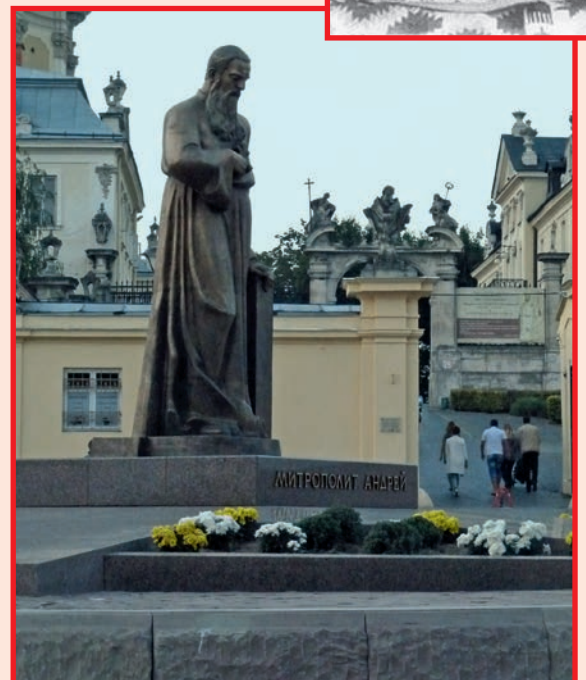


Das geistige Oberhaupt der griechisch-katholischen Kirche in Polen Graf Andrzej Szeptycki (1865–1944) im Bischofsornat, Quelle: Internet Encyklopedia of Ukraine.

Familienwappen der Grafen Szeptycki, die in Ostgalizien in verschiedenen nationalen Kulturen assimiliert wurden wie der zum unierten Glauben konvertierte Metropolit Andrzej Graf Szeptycki, Quelle: Wolnej heraldyka pl.



SZEPTYCKI



Das neue große Denkmal von Metropolit Andrej Scheptyzkyj (* 29. Juli 1865 in Prylbytschi, Galizien; † 1. November 1944 in Lemberg). Er war Erzbischof von Lemberg und Metropolit der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche. Während seines Patronats von 1901 bis 1944 führte er die Kirche durch zwei Weltkriege und erlebte sieben politische Regime.) – Jurko Prochaskos Urteil über das Denkmal: »Ziemlich im Stil des heroisch-sozialistischen Realismus«. Um den Bau des Denkmals vor der St.-Georgs-Kathedrale gab es heftige Proteste der Bevölkerung. Eine Straße musste verlegt werden, wodurch Teile eines schön-grünen Naherholungsparks geopfert werden mussten. – **Dennoch:** Die ungebrochene Verehrung der Westukrainer für ihren Metropoliten drückt sich in dem überreichen Blumenschmuck aus, der das Denkmal ständig ziert. (Fotos: C.Z, 2014).

Hanno Schult: »Vor 100 Jahren: »Der Friedensvertrag von Riga im März 1921 und der politische Status von Ostgalizien in der Zweiten Polnischen Republik 1921 – 1939«.

Bisher konnten Sie lesen: – **Folge 1** (= »Einführung zum Gesamtartikel: Der Friedensvertrag von Riga im März 1921...«) in *Blickpunkt Galizien* 1/2021 – **Folge 2** (= Teil 1.1 des gesamten Artikels) in Heft 2/21 – **Folge 3** (= Teil 1.2 und 1.3) in Heft 3/21. – **Folge 4** (= Teil 2 des Gesamtartikels) in Heft 4/2021 – **Folge 5** (= Teil 3.1 des Gesamtartikels) – Lesen Sie heute: **Folge 6** (= Teil 3.2 des Gesamtartikels)

Abschluss Anmerkung: Die Quellennachweise sind in Klammern im Text dieser Folge integriert und beziehen sich auf den Sekundärquellennachweis der verwendeten Literatur im Anhang.

Teil 3: »Die Ukrainische Frage in Ostgalizien als politischer Sprengstoff für den Bestand des polnischen Staates im Kontext sich wandelnder internationaler Kräfteverhältnisse in Europa 1929–1939. – Die Zeit gescheiterter Integration und politischer Radikalisierung«

Teil 3.2: Die Gründung der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1929 und der Einfluss von ukrainischer Diaspora und politischer Emigration auf den politischen Status von Ostgalizien bis zum Jahre 1939 im Kontext der internationalen Politik

Starken Einfluss auf die Radikalisierung des politischen Klimas in Ostgalizien nach 1923 hatten auch die politischen Zentren der Ukrainer in Wien, Prag und Berlin sowie ideengeschichtliche Faktoren wie der Revisionismus in den Verliererstaaten des Ersten Weltkrieges und als neue Form eines exklusiven Nationalismus der italienische Faschismus. (33 S.64–66*) Grundlage einer neuen ukrainischen nationalen Ideologie war der vom dem Russen Dmytro Doncow (eigentlich Dmytro Schelkopiorow der in Lwow lebte), propagierte integrierte ukrainische Nationalismus. Gedacht war in dieser Ideologie ein im permanenten Kampf errichteter exklusiver ukrainischer Führerstaat nach Vorbild des italienischen Faschismus. Prägnanten Ausdruck fand diese »Ideologie des Todes« im 10-Punkte-Dekalog der ukrainischen Nationalisten in Anlehnung an die 10 Gebote der Bibel und als politisch-ideologische Richtschnur eines neuen nationalen »Ritterordens« sowie als Träger eines revolutionären Kampfes für einen homogenen ukrainischen Nationalstaat.«(33 S.68–75*)

So war es auch kein Zufall, dass dieses ideologische Programm Grundlage der Anfang 1929 in Wien gegründeten Organisation der Ukrainischen Nationalisten (ukr. OUN) wurde. Diese entstand aus dem Zusammenschluss mehrerer ukrainischer Organisationen wie dem »Führer der ukrainischen Nationalisten« (ukr. PUN) der »Ukrainischen Militärorganisation« (ukr. UWU) und dem »Verband der nationalen ukrainischen Jugend«. (ukr. SUNM) Als moralischer Kanon wurde von den führenden Köpfen der OUN: J. Konowalez, A. Melnyk, D. Adrijewski, M. Kapustianosy und M. Sciborski für die Mitglieder absolute Unterordnung und totale revolutionäre Kampfbereitschaft gefordert. Als organisatorischer Wirkungsraum wurden für die Zweite Polnische Republik zwei von weltweit 10 Bezirken gebildet. Bezirk II Ostgalizien und Bezirk III Wolhynien. Unterstützung finanzieller und materieller Art erhielt die OUN von Beginn an durch die ukrainische Diaspora in Kanada, den USA und aus vielen anderen europäischen Ländern. Eine verdeckte Unterstützung der OUN erfolgte auch durch die Reichswehr und das Auswärtige Amt in Deutschland und der litauischen Regierung mit Sitz in Kowno.(23 S.419–424*)

Es war kein Zufall, dass von den führenden Köpfen der OUN Ostgalizien als »Piemont« eine besondere Rolle als Kampfplatz zugeordnet worden ist. »Die radikal orientierten Ukrainer führten denselben Kampf gegen die Polen, den die Polen in der Vorkriegszeit gegen die fremden Machthaber in ihren Wohngebieten geführt haben, und es zeigt sich,

dass sie in dieser Beziehung sehr viel von den Polen gelernt haben. Sie haben es in diesem Kampf jedoch schwerer als die Polen, denn ihre historischen Traditionen stehen auf schwächeren Füßen, da kein die personelle Verbindung zu ihr herstellender Kleinadel ihnen die Hand reicht, und es keine Industriearbeiterschaft gibt, die der Vortrupp in diesem Kampfe sein könnte«. (2 Kapitel VI. »Die Nichtpolen« S.47–48) Zur Jahreswende 1929/1930 wurde die polnische Verwaltung und Administration in Ostgalizien dann auch gezielt durch Anschläge und terroristische Aktionen der OUN paralytisiert, und an Stelle öffentlicher Ordnung traten im Zuge von Vergeltungsmaßnahmen der polnischen Polizei und des Militärs, Bürgerkriegsähnliche Zustände ein. Die Radikalisierung der ukrainischen Jugend in Polen war auch eine Folge der fehlenden wirtschaftlichen Perspektive im Zuge der Weltwirtschaftskrise, und darüber hinaus war es Ziel der OUN durch diese Terroraktionen, der Ukrainischen Frage die entsprechende internationale Aufmerksamkeit zu verschaffen. Auf Empfehlung des polnischen Marschalls Josef Pilsudski wurden dann im Zeitraum vom 16. September bis 30. November 1930 in 450 ukrainischen Dörfern die in 16 Kreisen lagen, auch Repressions- und Vergeltungsmaßnahmen durch Polizei- und Armeeeinheiten durchgeführt. Dies betraf auch Einrichtungen der griechisch-katholischen Kirche und war auch einer der Hauptgründe warum alle Versuche den Metropoliten der unierten Kirche A. Graf Szeptycki als Vermittler in diesen nationalen und ethnischen Konflikt einzubeziehen, scheiterten.(23 S.424–425*)

Die Pazifizierungsmaßnahmen des polnischen Militärs und der Polizei in Ostgalizien 1930 als Antwort auf die Brandanschläge in 50 polnischen Dörfern im August 1930 beschäftigte damals auch die deutsche Publizistik, die diese Aktionen anschaulich und eindringlich beschrieben hat.(12 VII. Kapitel »Ostpolnisches Inferno« S.141–161)

»In der ersten Frontlinie der ukrainischen Nationalisten standen die Ukrainer der freien Berufe und die ukrainischen Studenten sie sind die Mannschaften des revolutionären Lagers der illegalen Terrororganisation OUN, die mit individuellen Gewalttaten gegen den polnischen Staat und seine Funktionäre den Kampfgeist in der polnischen Ukraine wach halten wollen.«(2 Kapitel VI. »Die Ukrainer« S.48) Der Terror der OUN – Aktivisten richtete sich aber auch gegen die eigenen Landsleute und Organisationen die sich auf legalem Wege mit dem polnischen Staat und dem Status Quo arrangierten, wie die Ermordung des Direktors vom ukrainischen Gymnasium Iwan Barbij am 25. Juli 1934 in Lwow (Lemberg) es dann auch beispielhaft zeigte. Darüber fanden die zahlreichen Bomben- und Brandanschläge auf den ukrainischen Volksbildungsverein PROSWITA in vielen Städten Ostgaliziens und auf die Ostmesse in Lwow (Lemberg) die

volle Verurteilung des unierten Metropoliten A. Szeptycki. Der Umfang der terroristischen Aktivitäten verdeutlicht auch der Umfang des durch die polnischen Behörden 1931 in Ostgalizien beschlagnahmten terroristischen Beweismittel wie: 1287 lange Schusswaffen, 566 Pistolen und Revolver, 398 Bajonette, 31 Handgranaten, 120m Züandschnüre für Sprengsätze und 99,8kg Sprengmaterial.(23 S.427*)

Internationales Aufsehen erregten auch die »erfolgreichen« Mordanschläge der OUN-Aktivistinnen auf den sozialistischen polnischen Politiker Tadeusz Holowko am 29. August 1931 in Truskawiec und auf den polnischen Innenminister Bronislaw Pieracki am 15. Juni 1935 in Warschau. Sie führten dann auch durch Verfügung des polnischen Präsidenten vom 17. Juni 1934 zur Errichtung des polnischen Internierungslagers im weißrussischen Bereza – Kartuska.(23 S.428-433*) Den polnischen Behörden gelang es aber mit der Verhaftung der führenden Köpfe der OUN wie S. Bandera, Szuchewicz, Lebed, Stecko und Kapynica am 14. Juni 1934 die Aktivitäten der OUN in Polen weitestgehend lahmzulegen. Es blieb aber bis zum Kriegsausbruch 1939 für Polen die Gefahr der Unterstützung der OUN durch ausländische Geldgeber und Geheimdienste und die Anpassungsfähigkeit der OUN an die sich veränderte internationale Konjunktur wie dem polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 25. Juli 1932 der zufolge hatte, dass sich die litauische Regierung auf Druck aus Warschau und Moskau genötigt sah, 1936 die finanzielle Unterstützung der OUN einzustellen. Auch die deutsch-polnische Deklaration über den Verzicht auf Gewaltanwendung in den beiderseitigen Beziehungen vom 26. Januar 1934 führte nicht dazu, dass die Führung des III. Reiches die Ukrainische Frage in der Außenpolitik nicht offenhielt, um diese im gegebenen Fall als verdecktes und diplomatisches Druckmittel gegen Polen und die UdSSR einzusetzen. (33 S.68–69*)

So wurde schon in der Zwischenkriegszeit die »furchtbare Saat« des Nationalismus gelegt und der dann auch im Kontext des Schlachtfeldes zweier Weltanschauungen die in Jahrhunderten gewachsene multi-ethnische Zusammensetzung Ostgaliziens für immer verändern sollte. Und darüber hinaus wiederholt sich 1945 tragisch auch die Geschichte des Landes als Schlachtfeld eines Krieges nach dem Kriege, nämlich dem Kampf des bewaffneten Armes der OUN der Ukrainischen Aufstandsarmee UPA gegen Polen und die Sowjetmacht einhergehend mit ethnischen Säuberungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Zwangsvertreibungen, und gerade dieses Erbe der jüngeren Geschichte belastet das Verhältnis des neuen ukrainischen Staates zu seinen historischen Nachbarn Polen und Russland bis zum heutigen Tage. (31 siehe auch die erschöpfende Arbeit von Grzegorz Motyka zu diesem Thema*)

Es folgt eine Übersicht der in der Artikelserie verwendeten Sekundärquellen (Literatur). Bei den polnischen Arbeiten zum Thema (aus dem Osteuropa-Archiv des Verfassers*) sind sinngemäße Übersetzungen des Titels hinzugefügt.

Deutschsprachige Sekundärquellen:

- (1) Wilhelm Arenz, »Grenzmarkische Forschungen Nr.3 Polen und Russland 1918–1920«, Leipzig 193
- (2) Johannes Ahlers »Polen, Volk, Staat ,Kultur ,Politik und Wirtschaft«, Berlin 1935
- (3) Isaak Babel »Tagebuch 1920, Berlin 1990« und »Die Reiterarmee« Berlin 1994
- (4) Włodzimierz Borodziej, Maciej Gorny »Der vergessene Weltkrieg, Europas Osten 1912–1923, Band II. Nationen 1917–1923«, Darmstadt 2018
- (5) Andreas Kappeler »Kleine Geschichte der Ukraine«, 2. Auflage München 2000

- (6) Wasyl Kutschabsky »Die Westukraine im Kampf mit Polen und dem Bolschewismus in den Jahren 1918–1923«, Berlin 1934
- (7) Jörn Leonhardt, »Der überforderte Frieden, Versailles und die Welt 1918–1923« München 2018
- (8) Dr. K. C. von Loesch (Hrg.) »Staat und Volkstum, Bücher des Deutschland 2. Band«, Berlin, Deutscher Schutzbundverlag 1926
- (9) Christoph Mick »Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt, Lemberg 1914–1947« ,Wiesbaden 2010
- (10) Prof. Dr. Mirtschuk (Hrg.) »Handbuch der Ukraine, Im Auftrag des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin«, Leipzig 1941
- (11) Karl Friedrich Nowak, »Der Sturz der Mittelmächte«, München 1921
- (12) Friedrich Wilhelm von Oertzen »Das ist Polen«, München 1932
- (13) Josef. Pilsudski »Erinnerungen und Dokumente Band II, Das Jahr 1920«, Essen 1935
- (14) Dr. Walther Recke »Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik«, Berlin 1927
- (15) Hans Roos »Geschichte der polnischen Nation 1918–1985«, 4. Auflage 1986, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz
- (16) Theodor von Sosnosky »Die Politik im Habsburgerreiche, Randglossen zur Zeitgeschichte«, Erster Band Berlin 1912
Torsten Wehrhahn »Die Westukrainische Volksrepublik, Zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen und dem Problem der ukrainischen Staatlichkeit in den Jahren 1918–1923« Dissertation, Berlin 2004***

Anmerkungen:

- * ohne Anspruch auf Vollständigkeit der zum Thema erschienenen Literatur in deutscher Sprache, diese erfolgte subjektiv und selektiv durch den Verfasser.

Polnischsprachige Sekundärquellen (Titel in sinngemäßer Übersetzung** ist hinzugefügt):

- (17) Jan Borkowski (Hrg.) »Rok 1920 Wojna polsko-radziecka we wspomnieniach i innych dokumentach«, Warszawa 1990 (Das Jahr 1920, Der polnisch-sowjetische Krieg in Erinnerungen und anderen Dokumenten)
- (18) Andrzej Chojnowski »Ukraina«, Warszawa 1997 (Die Ukraine)
- (19) Stanislaw Ciesielskie »Przemiany Narodowosciowe na kresach wschodnich II. Rzeczypospolitej 1931–1948«, Torun 2004 (Die Veränderung der Nationalitätenstruktur in den polnischen Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik in den Jahren 1931–1948)
- (20) Norman Davies »Orzel Biały Czerwony Gwiazda, Wojna polsko-bolszewicka 1919–1920«, Krakow 1999 (Weißer Adler und Roter Stern, der polnisch-bolschewistische Krieg 1919–1920, Übersetzung der englischen Ausgabe von 1983)
- (21) Henryk Dominiczak »Granica wschodnia Rzeczypospolitej Polskiej w latach 1919–1939«, Warszawa 1992 (Die Ostgrenze der Zweiten Polnischen Republik in den Jahren 1919–1939)
- (22) Gazeta Wyborcza vom 29.–30. Januar 2005 »Historia konfliktu o Cmentarz Orlat« (Zeitungsartikel in der »Gazeta Wyborcza«: »Die Geschichte um den Konflikt des Friedhof der »Lemberger Adlerchen« in Lwow/Lviv)
- (23) Karol Grünberg, Boleslaw Spengel »Trudne Sasiedzwo, Stosunki polsko-ukraini w X – XX. wieku«, Warszawa 2005 (Schwierige Nachbarschaft, das polnisch-ukrainische Verhältnis im X.–XX. Jahrhundert)
- (24) Witold Hubert »Zajecie Malopolska wschodniej i Wolynia w roku 1919« (Reprint), Warszawa 1993 (Die Besetzung des östlichen Kleinpolens und Wolhyniens im Jahre 1919, Reprintausgabe von 1993)
- (25) Zbigniew Karpus, Waldemar Rezmer, Emilian Wiszka (Redakcja Naukowa) »Polska i Ukraina Sojusz 1920 roku i jego nastęstwa Materiały z Konferencji naukowej«, Torun 1997 (wissenschaftliche Redaktion: Polen und die Ukraine ,das Bündnis von 1920 und seine Folgen ,Material zu einer wissenschaftlichen polnisch-ukrainischen Konferenz in Torun im Jahre 1995)
- (26) Michal Klimecki »Polsko – Ukrainka wojna o Lwow i Galicje Wschodnia 1918–1919«, Warszawa 2000 (Der polnisch-ukrainische Krieg um Lwow und Ostgalizien 1918–1919)
- (27) Jerzy Kumaniecki (Hrg.), »Stosunki Rzeczypospolitej Polskiej z Panstwem Radzieckim 1918–1943, Wybor dokumentow«, Warszawa 1991 (Das Verhältnis der Polnischen Republik mit dem sowjetischen Rätestaat 1918–1943, eine Dokumentenauswahl)
- (28) Jerzy Lojek (Pseudonym) »Agresja 17.wrzesnia 1939, studium aspektow politycznych«, Warszawa 1990 (Die Aggression vom 17. September 1939, Studium der politischen Aspekte)
- (29) Damian K. Markowski »Dwa Powstania Bitwa o Lwow 1918«, Krakow 2019 (Zwei Aufstände, die Schlacht um Lwow 1918)
- (30) Wojciech Materski »NA WIDECIE –. II. Rzeczypospolitej wobec Sowjetow 1918–1943«, Warszawa 2005 (Auf der Wacht, Die II. Polnische Republik gegenüber den Sowjets 1918–1943)
- (31) Grzegorz Motyka »Ukrainska partyzanka 1942–1960, Dzialnosc Organizacji Ukraińskich Nacjonalistow i Ukraińskiej Powstanczej Armii«, Seria wschodnia Warszawa 2006 (Die ukrainischen Partisanen 1942–1960, die Handlungen der Organisation der Ukrainischen Nationalisten und der Ukrainischen Aufstandsarmee, Ausgabe in der wissenschaftlichen »Serie Ost« des Institutes für politische Studien PAN)

- (32) Janusz Odziemkowski »**Leksykon Wojny Polsko – Rosjyskiej 1919–1920**«, Warszawa 2004 (Lexikon des polnisch - russischen Krieges 1919–1920)
- (33) Adam Podhajecki »**OUN i UPA pod skrzydlami III.Rzeszy**«, Warszawa 2018 (Die Organisation der Ukrainischen Nationalisten OUN und die Ukrainische Aufstandsarmee UPA unter den Flügeln des III. Reiches)
- (34) **Sprawy polskie na konferencji pokojowy w Paryżu w 1919 roku, dokumenty i materialy t.2**«, Warszawa 1967 (Die polnischen Angelegenheiten auf der Friedenskonferenz von Paris 1919, Dokumente und Materialien, Band 2)
- (35) Mieczyslaw Wrzosek »**Wojny o granice Polski Odrodzonej 1918–1921**«,

Warszawa 1992 (Die Kriege um die Grenzen des wiedergeborenen Polens 1918–1921)

Anmerkung zur Auswahl der fremdsprachigen Sekundärquellen:

- ** *Auf die Nutzung ukrainischer Sekundärquellen wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit bewusst verzichtet. In vielen der hier aufgeführten polnischen Arbeiten zum Thema finden diese inhaltlich auch eine ausreichende Berücksichtigung.*
- *** *Hier nur als Empfehlung einer Forschungsarbeit und als Impuls zur weiteren Erforschung. Abgeschlossen im März 2021 von Hanno Schult, E-Mail: preussenschult@web.de*

Zum Abschluss der Serie folgen einige Plakate bzw. Karikaturen zum Nationalitätenkampf im Spiegel der politischen Propaganda. Wir danken dem Autor für seine spannende Darstellung der Ereignisse vor 100 Jahren in Ostgalizien und im östlichen Europa. – Sein Beitrag hat inzwischen auch anderweitig Interesse gefunden (s. Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022; für die Freunde in der GGD fertigt Erika Paulson derzeit die Übertragung ins Englische an, eine großartige Leistung der bald 90-jährigen.) – Der Abschied von Hanno Schult ist nur vorübergehend: Für das nächste Jahr verspricht er eine neue Serie: »**Historische Beiträge zur Landeskunde von Galizien**«. Es sollen dabei die interessante und heute oft vergessene Geschichte Galiziens in loser Abfolge aus dem Schatten der vergessenen und verschütteten Vergangenheit neu beleuchtet werden. Es geht dabei um Orte, Bauwerke oder Anlagen, wie z.B. die alten historischen Bäder, Schlösser und Burgen oder auch Industrieanlagen aus dem galizischen Ölboom um 1900. Freuen Sie sich mit uns auf vieles Unbekannte aus dem alten Galizien





Der sehr lebendige Geist des ukrainischen Nationalismus und der OUN D. Medwedjew und W. Putin »zum Abschied« freigegeben hier im Restaurant Kryiwka in Lviv ein Jahr vor dem richtigen Krieg im ukrainischen Donbass, Foto: Hanno Schult Mai 2013.



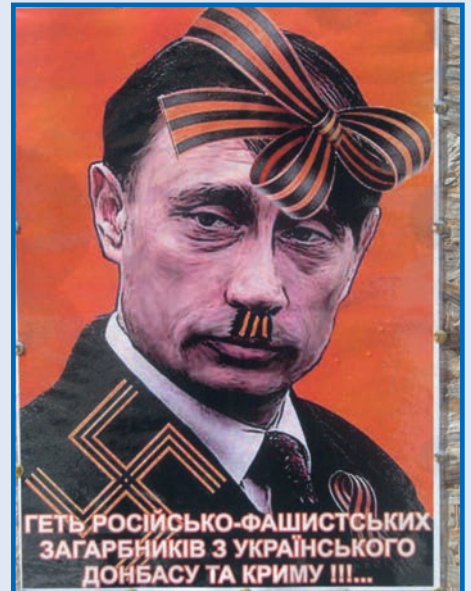
Der Autor unserer Serie Hanno Schult als Referent in der Villa Skupin / Berlin 2019



Lebendige Erinnerungskultur in der Westukraine, Nationalistenführer Stepan Bandera an fast jedem Schulgebäude präsent, hier in Zolkiew, Foto: Hanno Schult Mai 2013.



Plakat des Führers der OUN und ukrainischen Nationalhelden Stepan Bandera (1909–1959) im Restaurant Krryiwka in Lviv, Foto: Hanno Schult Mai 2013.



Die langen Schatten der Vergangenheit. Der hier auf einem ukrainischen Plakat dargestellte »faschistische Eroberer« der russische Präsident W. Putin brachte im Mai 2014 auch öffentlich die mögliche »Rückgabe« Ostgaliziens an Polen in das politische Spiel im Kontext der Ukraine als »gescheitertem Staatsprojekt«. Foto: Hanno Schult im Donbass an der Frontlinie im Mai 2018.

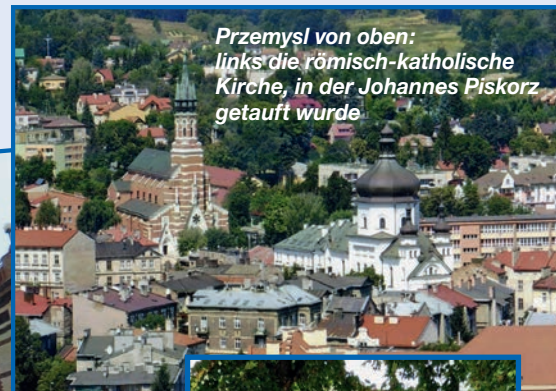
Ansichten aus Przemyśl



Kirche in einem Benediktinerinnen-Kloster. Hier gab es ein Lehrerinnen-Seminar, indem die Mutter des Autors unserer Serie bilingual (polnisch, ukrainisch !!!) ausgebildet wurde. »Deutsch konnte sie von zu Hause«.



Das stattliche Geschäfts- und Wohnhaus des Tuchhändlers Emil Piskorz, des Großvaters unseres Autors.



Przemyśl von oben: links die römisch-katholische Kirche, in der Johannes Piskorz getauft wurde



Bis zum Weltkrieg II war dies das Verwaltungsgebäude der griechisch-katholischen Kirche, heute berherbergt es zahlreiche weltliche Institutionen.

Šwejk vor dem Piskorz-Haus am Ring

